



**FRIEDRICH NAUMANN
STIFTUNG** Für die Freiheit.

Reinhold Maier
Stiftung | Baden-Württemberg

GEMEINSAM UND GETRENNT

Geschlechtsunterschiede in politischen Interessen,
Einstellungen und Partizipationsverhalten
in Baden-Württemberg

Dr. L. Constantin Wurthmann

Impressum

Herausgeberin

Reinhold-Maier-Stiftung Baden-Württemberg
Feuerseeplatz 14
70176 Stuttgart

✉/reinhold-maier-stiftung.de

f/reinholdmaierstiftung

in Zusammenarbeit mit der
Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit

Autor

Dr. L. Constantin Wurthmann,
Politikwissenschaftler
am Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung

Redaktion

Liberales Institut
der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit

Kontakt

Telefon +49 30 220126-34

E-Mail service@freiheit.org

Stand

Februar 2025

Lizenz

Creative Commons (CC BY-NC-ND 4.0)

Hinweis zur Nutzung dieser Publikation

Diese Publikation ist ein Informationsangebot der Reinhold-Maier-Stiftung Baden-Württemberg und der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit. Die Publikation ist kostenlos erhältlich und nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf nicht von Parteien oder von Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden (Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie Wahlen zum Europäischen Parlament).

Inhalt

VORWORT	4
1. EINLEITUNG	5
2. WAHLVERHALTEN UND IDEOLOGISCHE SELBSTVERORTUNG	6
3. POLITISCHES INTERESSE UND POLITISCHE INTERESSEN IN BADEN-WÜRTTEMBERG	11
3.1 Politisches Interesse nach Geschlecht: Indifferente Frauen, interessierte Männer	11
3.2 Inhaltliche Interessen nach Geschlecht	12
3.3 Inhaltliche Interessen nach Parteipotenzialen	15
3.4 Inhaltliche Interessen nach Parteipotenzialen und Geschlecht	16
3.5 Zusammenfassende Anmerkungen zum Themeninteresse	22
4. PARTIZIPATION IN BADEN-WÜRTTEMBERG	23
4.1 Wahl, Nichtwahl, Wahlprogramme	23
4.2 Kommunikation über Politik	24
4.3 Unterschriften, Teilnahme an Demonstrationen und digitaler Protest	25
4.4 Teilnahme an politischen Veranstaltungen und aktive Mitarbeit	26
4.5 Zusammenfassende Anmerkungen zur politischen Partizipation	26
5. ZWISCHEN VORBEHALT UND VORURTEIL: SICHTWEISEN AUF PARTEIEN	27
5.1 Parteibezogene Einstellungen	27
5.2 Männer und Frauen in der Politik: Fremd- und Selbstwahrnehmung	28
5.3 Parteibeitritt, wenn...?	30
5.4 Zusammenfassende Anmerkungen zu Parteibeitritten	33
6. SCHLUSSFOLGERUNGEN	34
6.1 Die wichtigen Ergebnisse im Überblick	34
6.2 Wie sind diese Befunde zu erklären?	34
6.3 Handlungsmöglichkeiten für Parteien	35

Vorwort

Zur Studie

„Geschlechtsunterschiede in politischen Interessen, Einstellungen und Partizipationsverhalten in Baden-Württemberg“

Mit seinem berühmt gewordenen Bonmot „Demokratie muss unten da sein. Ist sie unten nicht da, dann fehlt sie oben ganz gewiss.“ hat Reinhold Maier, der Namensgeber unserer Stiftung, seine Überzeugung umschrieben, dass sich bürgerschaftliches Engagement in der Übernahme von Verantwortung in der Gemeinde zeige, was zu pragmatischen Entscheidungen in Sachfragen und zugleich zu einer Stabilisierung der Demokratie führe.

Aktuelle Umfragen zeigen: Mit dem politischen Engagement der Menschen steht es derzeit nicht zum Besten. In einer bundesweiten Umfrage des Instituts CIVEY bewerteten Mitte Januar 2025 knapp 70 Prozent der bundesweit Befragten die Demokratie als gefährdet, und dabei gleich 43 Prozent als „auf jeden Fall gefährdet“. Und im „DeutschlandTrend“ von Infratest dimap gaben im Juli 2024 mehr als zwei Drittel der Befragten an, dass sie sich „sehr große“ bzw. „große“ Sorgen um die Demokratie in Deutschland machten. Die grundsätzliche Wertschätzung für die Demokratie steht dabei außer Frage: Insgesamt knapp 80 Prozent der Befragten halten bei CIVEY Mitte Januar 2025 die Demokratie für die beste Staatsform (dabei sagen gleich knapp 63 Prozent „Ja, auf jeden Fall“).

Alles in Ordnung also? Mitnichten! In einer anderen CIVEY-Umfrage sagen auf die Frage „Ist es Ihrer Meinung nach in Deutschland möglich, durch eigenes politisches Engagement etwas zum Besseren zu verändern?“ nur 32,6 Prozent der Befragten insgesamt „Ja“, 53,1 Prozent sind gegenteiliger Auffassung. Dass in Deutschland „eine echte Demokratie“ herrscht, bejahen im August 2024 lediglich 39,1 Prozent während 54 Prozent dies verneinen. Und das führt dann scheinbar auch zu einer gewissen Unlust an politischer Mitwirkung: In einer CIVEY-Befragung von Mitte Januar 2025 mit der Fragestellung „Was wäre für Sie der wichtigste Grund, sich politisch zu engagieren?“, nennen (eher schmale) 36 Prozent den Faktor „Einfluss auf Entscheidungen der Politik“; 17,1 Prozent wollen „Demokratie stärken“, knapp 15 Prozent „Gesellschaft gestalten und verändern“, 7,5 Prozent wollen „eigene Interessen vertreten“ – und 12,8 Prozent sagen „Weiß nicht“.

Überzeugt (und überzeugend) klingt das nicht. Und die Auswirkungen werden sichtbar: Die Zahl der Mitgliedschaften in den politischen Parteien geht im Großen und Ganzen weiterhin zurück. Bei vielen Landtagswahlen – die Wahlen 2024 in Thüringen, Sachsen und Brandenburg sind hier allerdings eine Ausnahmen, deren Gründe man noch analysieren muss – ist die Wahlbeteiligung, zum Teil alarmierend, gesunken – und bei vielen Kommunalwahlen alarmierend niedrig geblieben. Die Bewertungen von Politik sind – auch durch im schlechten Sinne konsequente Arbeit von den politischen Rändern – zunehmend negativ. Das Interesse an Politik an sich erlahmt.

Den Hintergründen dazu, den Begründungen dafür und möglichen Erklärungsmustern wollen wir mit dieser Studie nachspüren und haben dazu eine Befragung durchführen lassen, deren wissenschaftliche Auswertung wir hiermit vorlegen. Die von Dr. L. Constantin Wurthmann erstellte Studie stellt die wichtigsten Befunde vor, um sie auch inhaltlich einzuordnen. Er legt einige Vorschläge dar, wie Parteien auf die hier beschriebenen Herausforderungen reagieren können, um ihr Bild in der Öffentlichkeit zu verbessern und neue Mitglieder gewinnen zu können.

Eines lässt sich anhand der Ergebnisse der Befragung klar festhalten: Es gibt Unterschiede zwischen Männern und Frauen in der Art, an Politik „heranzugehen“, sich in die Politik einzubringen, Problemstände zu analysieren, zu werten und zu thematisieren. Es gibt anscheinend Thematiken, die speziell, und welche, die weniger interessant für den weiblichen Teil der Bevölkerung sind. Viele Frauen äußern spezifische Wertungen insbesondere bezüglich der Parteiendemokratie. Es gibt Hemmschwellen, empfundene und tatsächliche, die Frauen eher davon abhalten, sich politisch zu engagieren. Dies alles wird in der Studie überzeugend nachgewiesen.

Worüber man sicherlich durchaus streiten kann, ist die Frage, ob das vergleichsweise geringe politische Engagement von Frauen tatsächlich auf geringerem politischem Interesse beruht. Die in der Befragung ermittelten und vom Autor wissenschaftlich ausgewerteten Zahlen können diese Vermutung nahelegen. Die Ergebnisse der Befragung drücken das so aus: Während 51,6 Prozent aller Männer die Beschreibung als „ziemlich bis stark politisch interessiert“ für sich in Anspruch nehmen, liegt der Anteil der Frauen hier bei rund 31,9 Prozent. Überhaupt nicht bis weniger interessiert sehen sich demgegenüber nur knapp über 18,4 Prozent aller Männer, aber etwas mehr als 34,7 Prozent aller Frauen. Der Befund in unserer Studie steht da nicht isoliert im Raum, sondern deckt sich mit den wissenschaftlichen Erkenntnissen der vergangenen Jahre.

Uns kam aber auch der Gedanke: Was, wenn das, was die Frauen auf diese Fragestellung antworten, wesentlich auch beeinflusst ist von einem besonderen Politikverständnis, wenn Frauen in vielen Fällen unter „Politik“ schlicht etwas Anderes verstehen oder etwas Anderes darin erwarten? Auch hierfür lässt sich unsere Studie nutzen: Frauen zeigen sich von „der Politik“ durchaus nicht akzeptiert. Sie bewerten den Politikbetrieb als zu „männerdominiert“, interessieren sich zum Teil für Themen, die in der „Männerwelt“ Politik weniger häufig vorkommen, und lehnen die von Männern dominierten, hergebrachten politischen Entscheidungsprozesse für

sich ab. Dass sie sich für Politik „nicht interessieren“, könnte auch heißen, dass viele Frauen die Hoffnung aufgegeben haben, durch eine Mitwirkung Politik in ihrem Sinne und nach ihren Vorstellungen und Einstellungen gestalten zu können.

Die Ergebnisse der Studie zeigen die Defizite klar auf: Es gibt, auch in Baden-Württemberg, Defizite bei der politischen Mitwirkung – und auch beim Interesse daran – bei Frauen. Der nächste Schritt muss darin bestehen, zu erforschen, warum Frauen sich aus der Politik zurückziehen oder politische Entscheidungsgremien eher meiden.

Isabel Fezer

Vorsitzende des Verwaltungsrates
der Reinhold-Maier-Stiftung

1. Einleitung

Alle Parteien kämpfen mit der großen Herausforderung, dass sich immer mehr Menschen aktiv von ihnen abwenden und immer weniger überhaupt noch Interesse daran empfinden, in ihnen aktiv zu werden. Das betrifft zum einen jüngere Menschen, zum anderen aber auch und vor allem Frauen. Selbst jene Parteien, die seit Jahrzehnten schon motiviert durch feste Quoten den Versuch unternommen haben, gezielt Frauen anzusprechen, kommen bei ihren Mitgliedern nur auf einen Anteil von knapp über 40 Prozent. Andere Parteien, die auf jedwede Quote verzichten, verharren bei rund 20 Prozent.

Dabei zeigen Studien immer wieder sehr eindrücklich, dass sich Frauen und Männer politisch in vielerlei Hinsicht unterscheiden. Dies gilt nicht nur für ihr politisches Interesse und ihr Wahlverhalten, sondern auch für allgemeine politische Präferenzen und Einstellungen sowie das Ausmaß, in dem sie politisch partizipieren oder auch partizipieren wollen. Umso zentraler erscheint es, diesen Dingen empirisch auf den Grund zu gehen und am Beispiel von Baden-Württemberg ein Licht darauf zu werfen, wie sich diese Unterschiede dort gestalten – und ob überhaupt welche festzustellen sind.

Die Befunde deuten zum einen darauf hin, dass Männer per se politisch interessierter zu sein scheinen. Vergleicht man allerdings politisch hoch interessierte Männer und Frauen miteinander, weisen Letztgenannte tatsächlich ein bedeutend höheres Interesse an einer Vielzahl politischer Themen auf. Darüber hinaus sind Frauen kritischer gegenüber Parteien und ihren Mitgliedern eingestellt und partizipieren seltener politisch als Männer.

Ausgangspunkt der vorliegenden Studie sind Daten, die im Rahmen einer Online-Befragung in Kooperation mit der YouGov Deutschland GmbH erhoben wurden. An dieser haben zwischen dem 09.12.2022 und dem 16.12.2022 insgesamt 1.025 Befragte teilgenommen. Die Ergebnisse wurden im Hinblick auf marginale sozio-demographische Abweichungen gewichtet und sind repräsentativ für die Bevölkerung in Baden-Württemberg ab 18 Jahren.

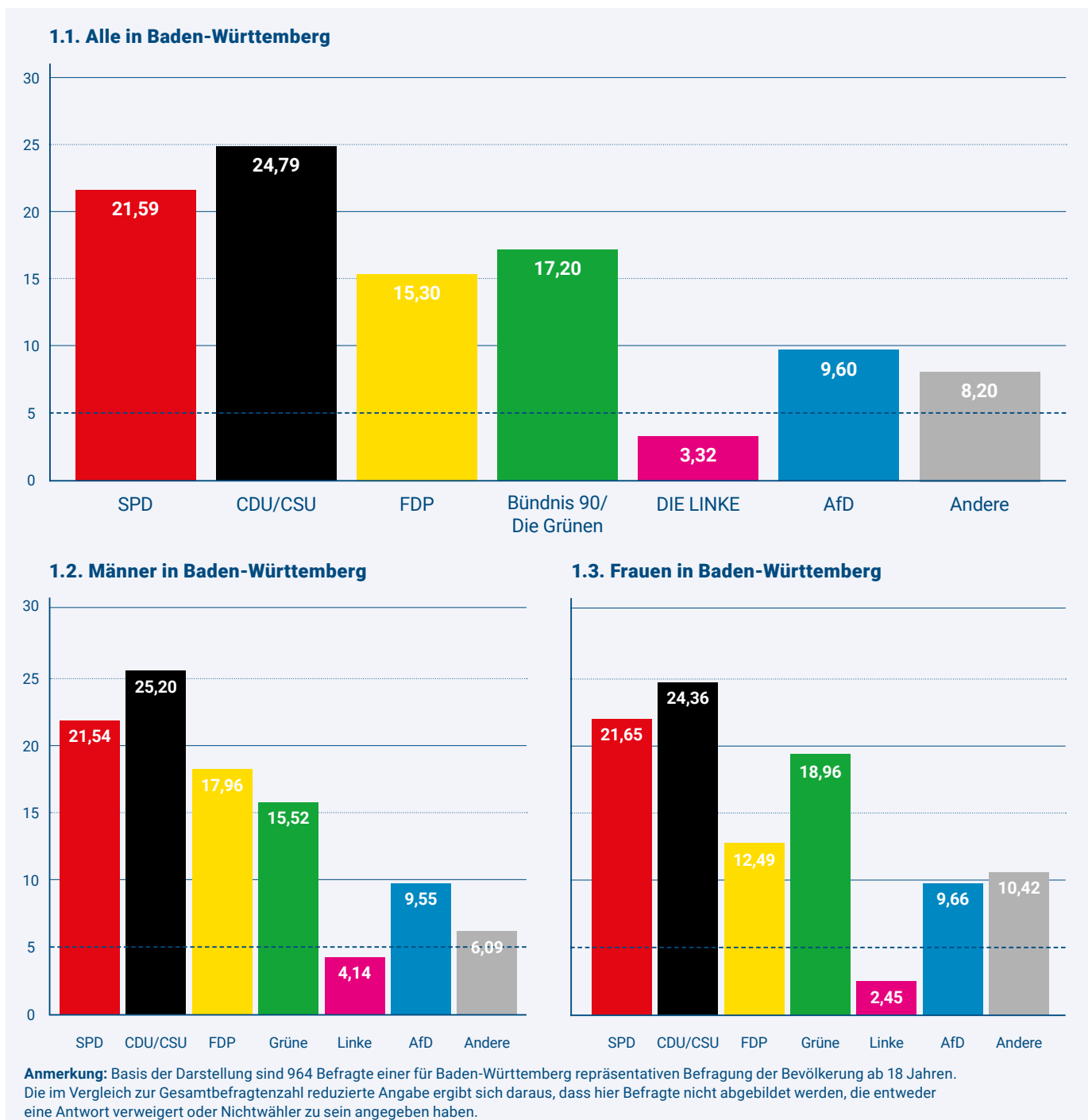
Sie geben einen ersten Einblick in ein sehr vielfältiges Forschungsfeld, welches auch in Zukunft weiterer Forschung bedarf, um die Generalisierbarkeit der vorliegenden Ergebnisse auch für andere Bundesländer und die gesamtdeutsche Gesellschaft zu untersuchen.

2. Wahlverhalten und ideologische Selbstverortung

Die Bundestagswahl 2021 bedeutete in vielerlei Hinsicht eine Zäsur. Zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland wurde das Bundeskanzleramt nicht von innen verteidigt, nachdem Kanzlerin Angela Merkel (CDU) angekündigt hatte, nicht erneut antreten zu wollen. An ihrer Stelle kämpften Armin Laschet (CDU), Olaf Scholz (SPD) und Annalena Baerbock (Grüne) um die Gunst der Wählerinnen und Wähler. Letztendlich ging die SPD mit Olaf Scholz als

Sieger aus der Bundestagswahl hervor. In der Folge war es den Sozialdemokraten möglich, gemeinsam mit FDP und Grünen, die erste Ampel-Koalition auf Bundesebene zu bilden. Hätten nur die in unserer Befragung erfassten Menschen in Baden-Württemberg die Wahl entschieden, wäre allerdings die CDU als stärkste Kraft aus ihr hervorgegangen, gefolgt von der SPD (vgl. Abb. 1).

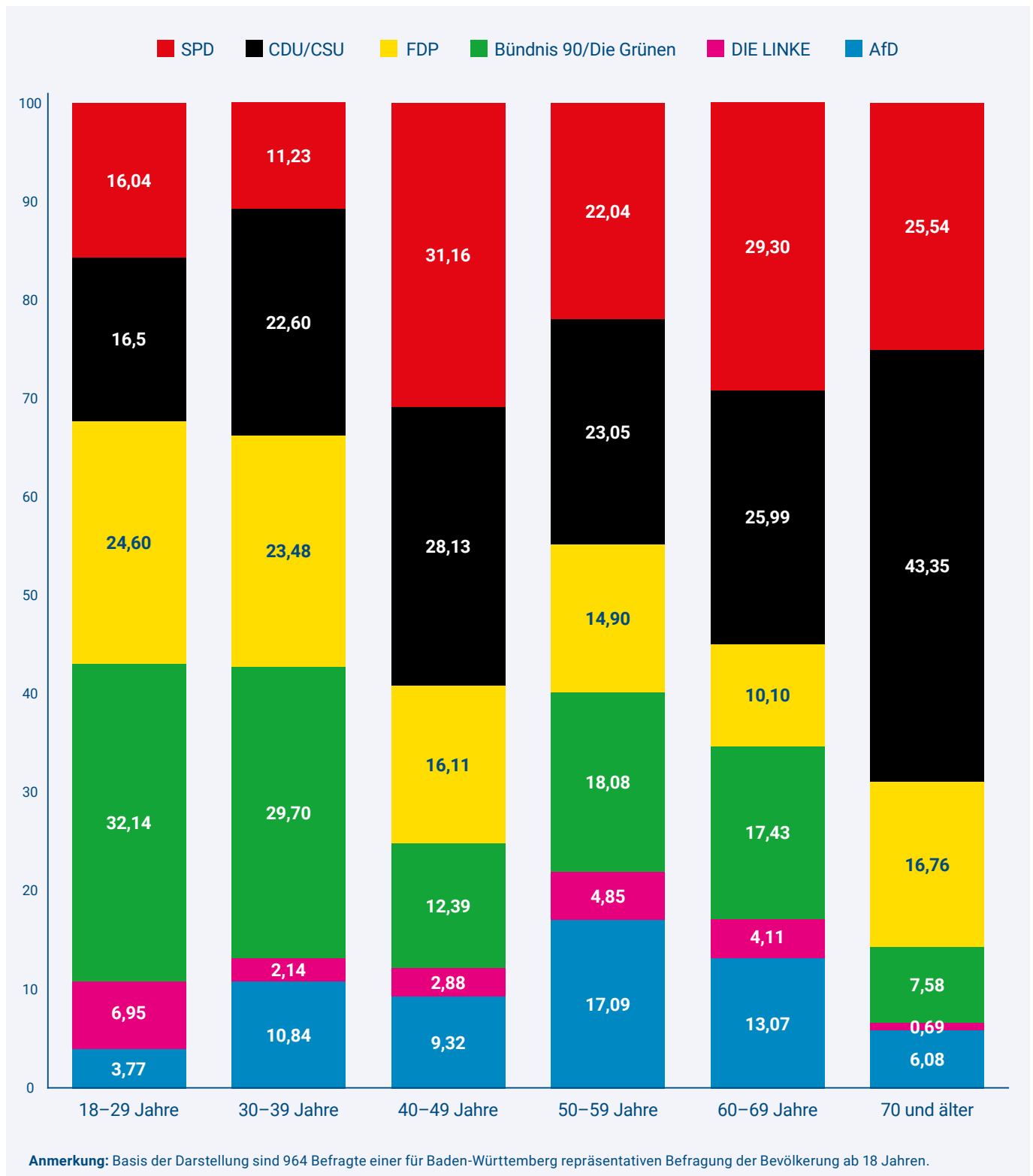
Abb. 1 | Wahlverhalten bei der Bundestagswahl 2021 (Angaben in Prozent)



Die SPD schnitt bei der vorliegenden Befragung in Baden-Württemberg erheblich schlechter ab als auf Bundesebene, während die Grünen und die FDP deutlich bessere Werte erreichten. Die AfD erhielt in Baden-Württemberg etwas weniger Unterstützung als im gesamten Bundesgebiet, während die Linke schlechter abschnitt. Geschlechtsspezifische Unterschiede im Wahlverhalten zwischen Männern und Frauen sind in Baden-Württemberg nur bei zwei Parteien signifikant

zu erkennen: Die FDP erhielt unter männlichen Wählern deutlich höhere Zustimmung, während die Grünen bei den Wählerinnen deutlich stärker abschnitten (vgl. Abb. 2). Darüber hinaus neigten Frauen eher als Männer dazu, für andere Parteien als die etablierten Parteien zu stimmen – die in Umfragen oft als „Sonstige“ ausgewiesenen. Diese anderen Parteien profitieren auch von jüngeren Wählerinnen und Wählern.

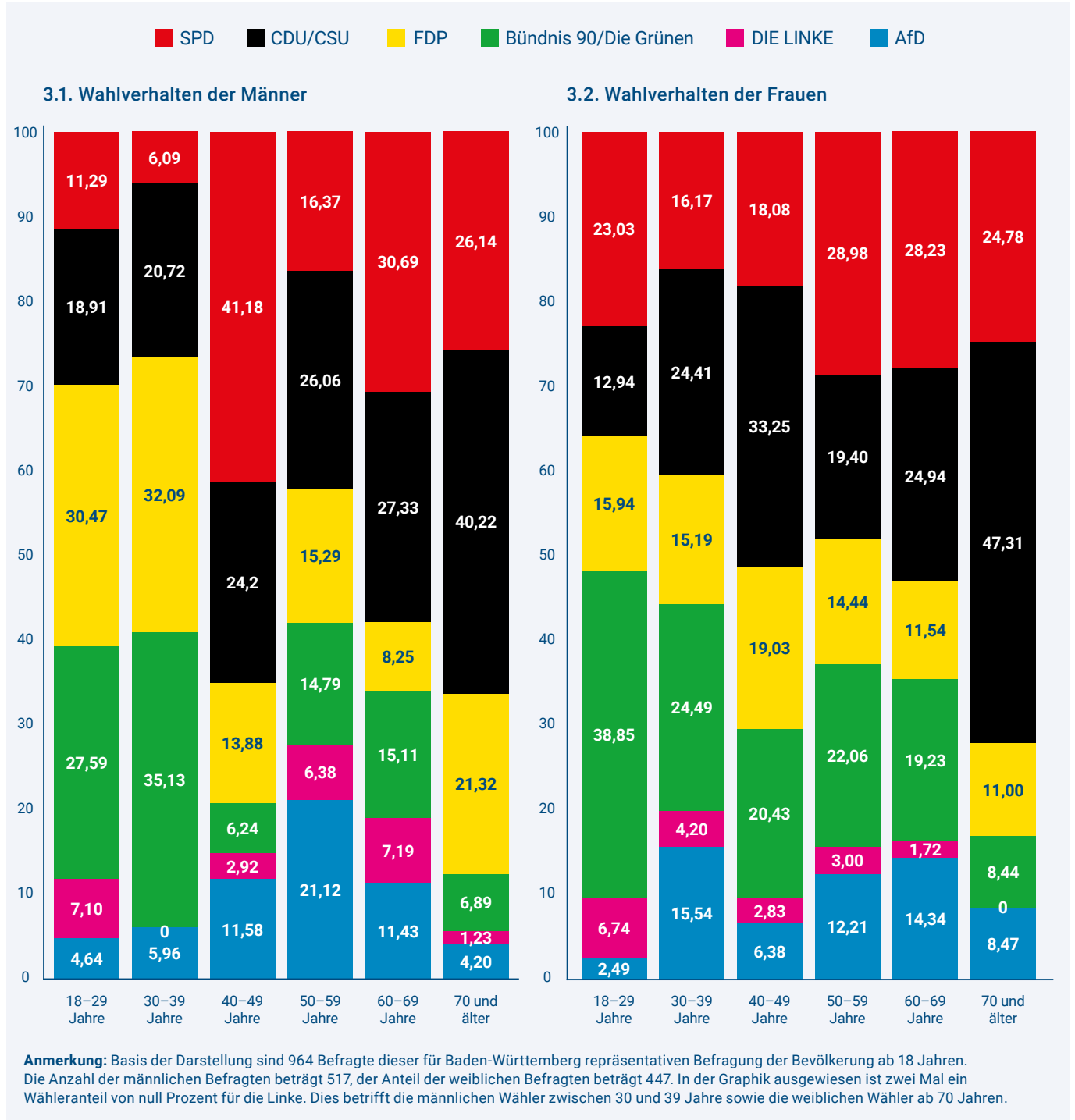
Abb. 2 | Wahlverhalten nach Altersgruppen bei der Bundestagswahl 2021 (Angaben in Prozent)



Insbesondere die Grünen profitierten zudem immens durch Wählerstimmen der unter 40-jährigen. Aber auch die FDP konnte in dieser Wählergruppe verhältnismäßig starke Unterstützung gewinnen – außen vor sind in dieser Darstel-

lung die Nichtwähler und die Stimmen für andere Parteien. Betrachtet man geschlechtsspezifische Unterschiede im Wahlverhalten, verdeutlichen sich diese Befunde noch einmal (vgl. Abb. 3).¹

Abb. 3 | Wahlverhalten nach Altersgruppen und Geschlecht (Angaben in Prozent)



Junge Männer wählten überdeutlich stark vor allem die FDP und die Grünen, während bei jungen Frauen insbesondere der Anteil für die Grünen sehr hoch war. Bei den unter 30-jährigen Frauen erreichten die Grünen fast 39 Prozent der Wählerstimmen. Die CDU hat in Baden-Württemberg vor allem

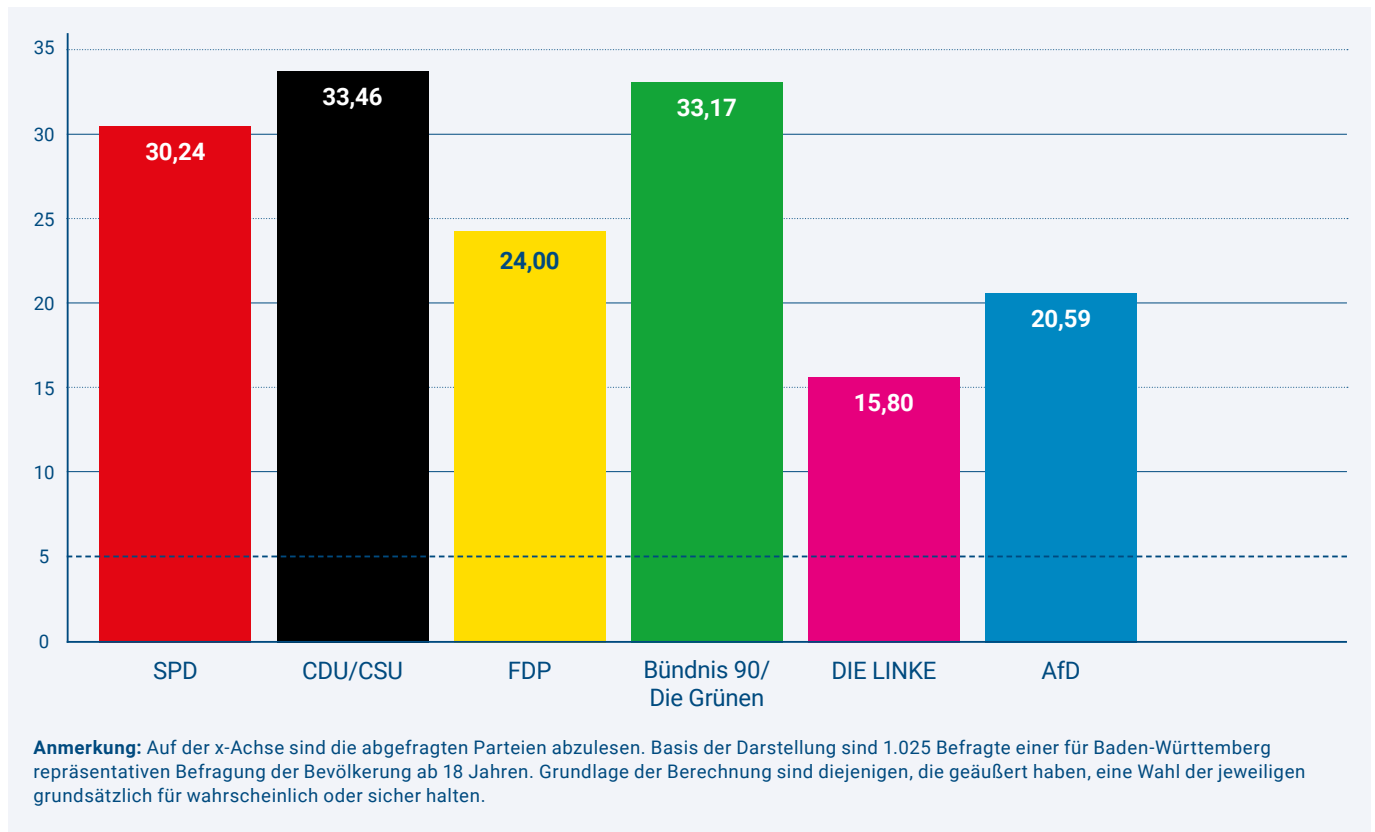
durch Stimmen älterer Wählergruppen profitiert. Die SPD konnte vor allem bei Männern zwischen 40 und 49 Jahren punkten, bei Frauen sind keine altersspezifischen Besonderheiten zu erkennen.

¹ Der Anteil der Nichtwähler liegt in dieser Altersgruppe in Baden-Württemberg bei rund 30 Prozent.

Von Interesse ist in diesem Kontext aber selbstredend die viel grundlegendere Frage, wie die allgemeinen Potenziale der einzelnen Parteien in Baden-Württemberg aussehen. Gemeint ist mit so einem Potenzial, inwiefern Befragte grundsätzlich bereit wären, eine entsprechende Partei wählen. Gefragt wurde deshalb danach, ob sich die Befragten vorstellen könnten, eine der im Folgenden dargestellten Parteien zu wählen, wenn am kommenden Sonntag Bundestagswahl wäre. Rund 33,5 Prozent der Befragten in Baden-

Württemberg geben an, eine Wahl der CDU für zumindest wahrscheinlich zu halten. Kurz darauf folgen die Grünen mit rund 33,2 Prozent als diejenigen mit dem zweithöchsten Gesamtpotenzial bei einer Bundestagswahl. Die SPD erreicht mit 30,2 Prozent den dritten Platz und die FDP mit 24,0 Prozent den vierten. Weitere rund 20,6 Prozent halten die AfD für grundsätzlich wählbar und 15,8 Prozent aller Befragten halten die Linke für wählbar (vgl. Abb. 4).

Abb. 4 | Wählerpotenziale in Baden-Württemberg für die Bundestagswahl (Angaben in Prozent)



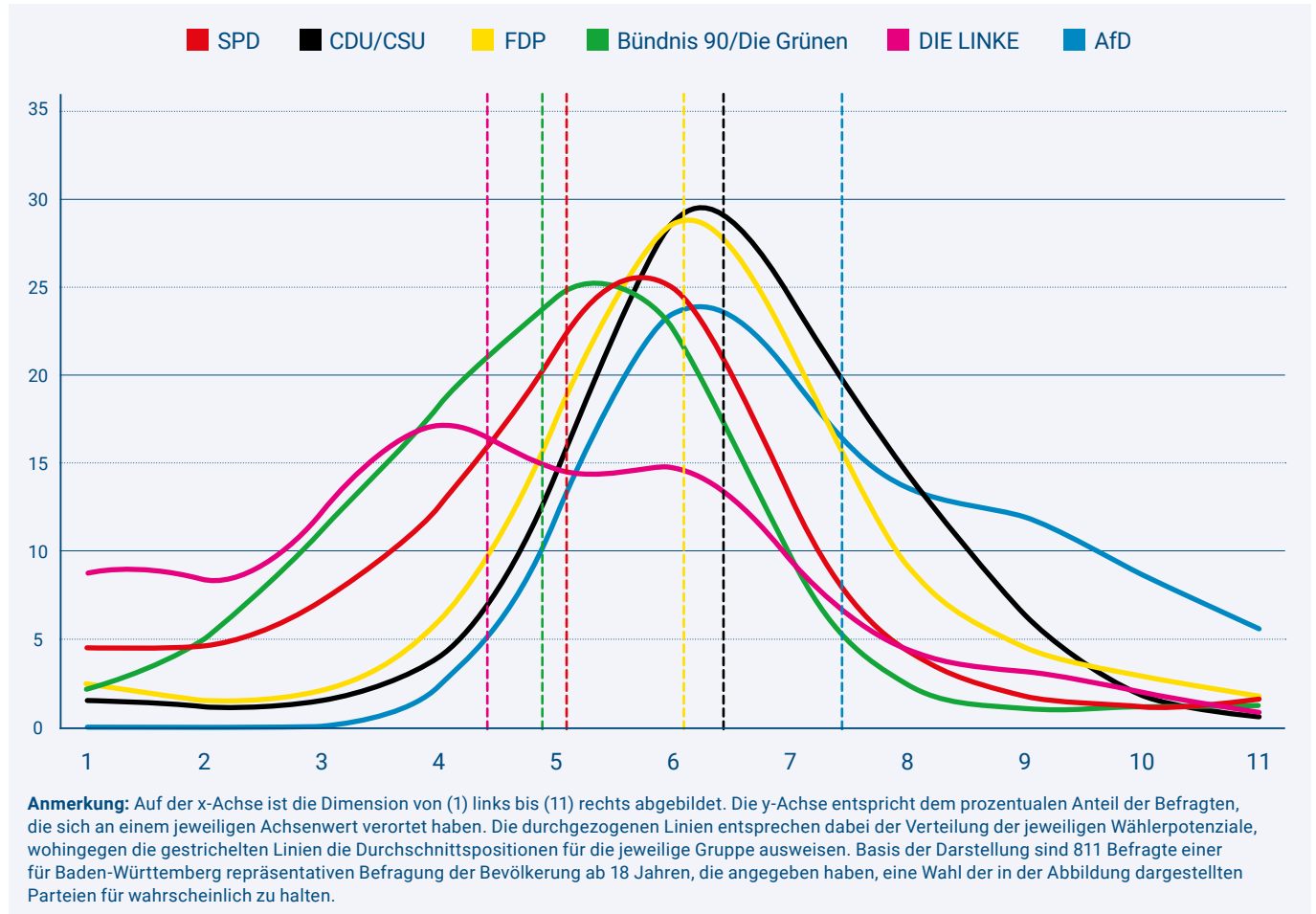
Das deutsche Parteiensystem und die unterschiedlichen Parteiensysteme der Bundesländer haben sich lange Zeit inhaltlich und kommunikativ über die Differenzierung entlang einer Links-Rechts-Dimension definiert. Konkurriert wurde

und wird dabei etwa um „die politische Mitte“, wobei allerdings unterschiedliche Deutungen existieren, wer Teil dieser politischen Mitte ist und wie sie konkret aussieht.

Während es für viele Menschen schwierig ist, konkrete inhaltliche Positionen mit Parteien zu verbinden, sind die meisten in der Lage, sich selbst auf einer Dimension zwischen (1) links und (11) rechts zu verorten. Auch bei der vorliegenden Untersuchung wurden die Befragten gebeten, sich auf dieser Dimension selbst einzuordnen. Betrachtet man nun, wie sich

die einzelnen Potenzialgruppen auf dieser Achse positionieren, lassen sich Rückschlüsse darüber ziehen, wie der Parteienwettbewerb in Baden-Württemberg aussieht und wo die Parteien am ehesten Wählerinnen und Wähler mit ähnlicher politischer Ausrichtung gewinnen können (vgl. Abb. 5).

Abb. 5 | Potenzielle Wählerinnen und Wähler im ideologischen Raum zwischen links und rechts (Angaben in Prozent)



Daraus wird zum einen ersichtlich, dass sich potenzielle Wählerinnen und Wähler der FDP am ehesten in der Achsenmitte verorten, während potenzielle Unterstützerinnen und Unterstützer der CDU geringfügig weiter rechts positioniert sind. Potenzielle Wählerinnen und Wähler der AfD positionieren sich wiederum im Durchschnitt eher mitte-rechts, wobei ein nicht unwesentlicher Anteil dieser Befragten auch sehr stark nach rechts tendiert. Die potenzielle Wählerschaft der Grünen und der SPD ordnen sich durchschnittlich leicht

links der Mitte ein, während die potenzielle Wählerschaft der Linken noch weiter links positioniert ist. Dies illustriert, dass sich die potenziellen Wählerinnen und Wähler der genannten Parteien, ebenso wie die von FDP und CDU, in einem vergleichbaren räumlichen Bereich positionieren. Gleichzeitig sind daraus nur schwerlich wegweisende Implikationen abzuleiten, da eine allgemeine Tendenz zur Mitte bei allen Wählerpotenzialen nicht abgestritten werden kann.

3. Politisches Interesse und politische Interessen in Baden-Württemberg

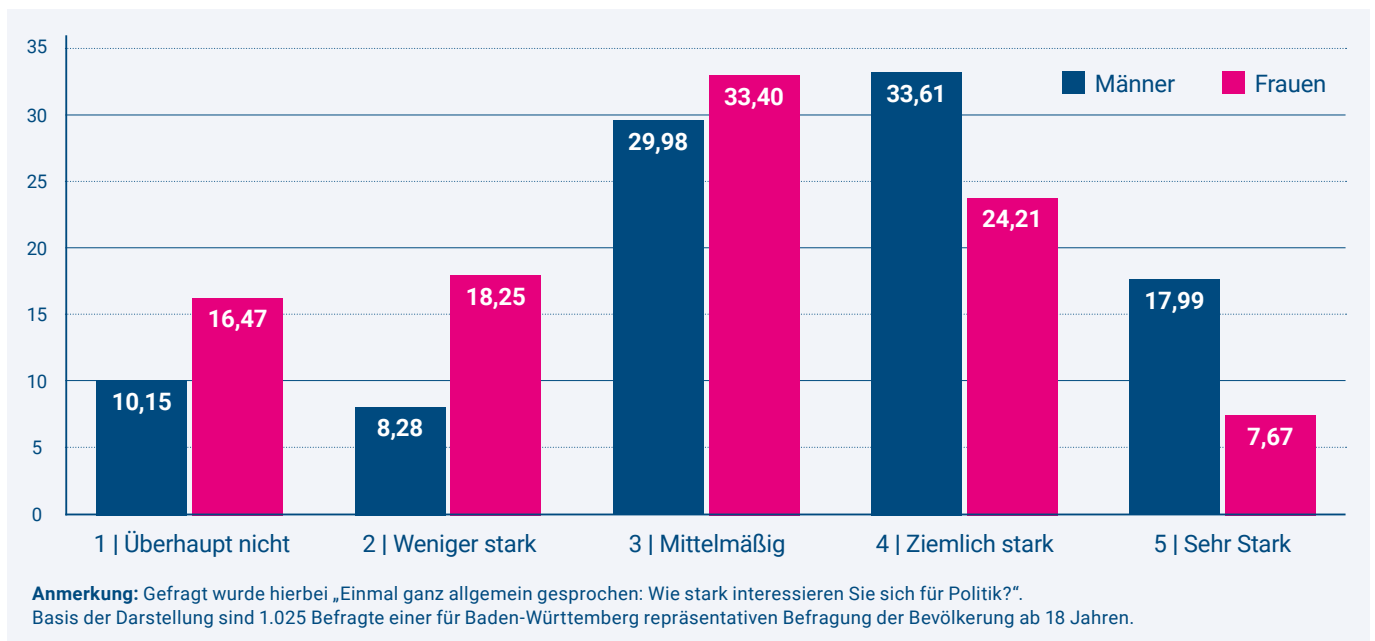
Das Interesse an Politik ist einer der wichtigsten Faktoren, die eine Wahlteilnahme und auch das politische Engagement eines Menschen begünstigen. Dabei interessieren sich keinesfalls alle Menschen gleichermaßen für Politik – und auch die konkreten inhaltlichen Interessen können sehr stark divergieren. Im Folgenden werden einige Befunde dazu vorgestellt, wie sich das politische Interesse von Männern und Frauen in Baden-Württemberg unterscheidet und inwiefern Differenzen auch hinsichtlich des Interesses an bestimmten Themengebieten festzustellen sind. Ferner werden Einblicke dahingehend gegeben, ob und inwieweit sich mögliche geschlechtsspezifische Unterschiede auch innerhalb der potenziellen Wählergruppen unterschiedlicher Parteien finden lassen.

3.1 Politisches Interesse nach Geschlecht: Indifferente Frauen, interessierte Männer

Gefragt danach, wie sehr sich die Befragten aus Baden-Württemberg, ganz allgemein gesprochen, für Politik interessieren, konnten diese aus insgesamt fünf Optionen wählen. Diese erstreckten sich auf einer Skala von (1) überhaupt nicht, (2) weniger stark, (3) mittelmäßig, (4) ziemlich stark bis (5) sehr stark. Durchschnittlich positionieren sich dabei die weib-

lichen Befragten eher indifferent bis minimal weniger stark interessiert, wohingegen die männlichen Befragten ein eher ausgeprägteres politisches Interesse zeigen. Besonders klar werden diese Differenzen hinsichtlich der ziemlich bis stark politisch Interessierten. Während 51,6 Prozent aller Männer diese Beschreibung für sich in Anspruch nehmen, liegt der Anteil der Frauen hier bei rund 31,9 Prozent. Überhaupt nicht bis weniger interessiert sind demgegenüber nur knapp über 18,4 Prozent aller Männer, aber etwas mehr als 34,7 Prozent aller Frauen (vgl. Abb. 6). Diese Befunde sind im Einklang mit internationalen Studien, die diese Unterschiede bereits seit Jahrzehnten feststellen.² So sind diese Differenzen, die ihren Ausgangspunkt oftmals schon im vorschulischen oder frühen Schulalter finden, keineswegs neu.³ Diese Unterschiede nivellieren sich allerdings nicht durch allgemeine, gesellschaftliche Modernisierungsprozesse, sondern spitzen sich im weiteren Lebensverlauf noch weiter zu und manifestieren sich in immer stärker zunehmenden Geschlechterdifferenzen im politischen Interesse.⁴ In einer wegweisenden Publikation hierzu wurde nahegelegt, dass insbesondere eine politikferne Sozialisation von Mädchen dafür ursächlich sein könnte.⁵ So wird ihnen, anders als Jungen, in der kindlichen Bildung nicht das Gefühl vermittelt, Einfluss auf gesellschaftliche und politische Prozesse nehmen zu können.

Abb. 6 | Politisches Interesse nach Geschlecht (Angaben in Prozent)



² Ferrín, Monica, Marta Fraile, Germa M García-Albacete und Raul Gómez. 2020. The gender gap in political interest revisited. In *International Political Science Review*, 41(4), 473-489.

³ Westle, Bettina. 2006. Politisches Interesse, subjektive politische Kompetenz und politisches Wissen – Eine Fallstudie mit Jugendlichen im Nürnberger Raum. In Roller, Edeltraud, Frank Brettschneider und Jan W. Deth (Hrsg.): *Jugend und Politik: „Voll normal!“*. Der Beitrag der politischen Soziologie zur Jugendforschung. Wiesbaden: Springer VS, S. 209-240.

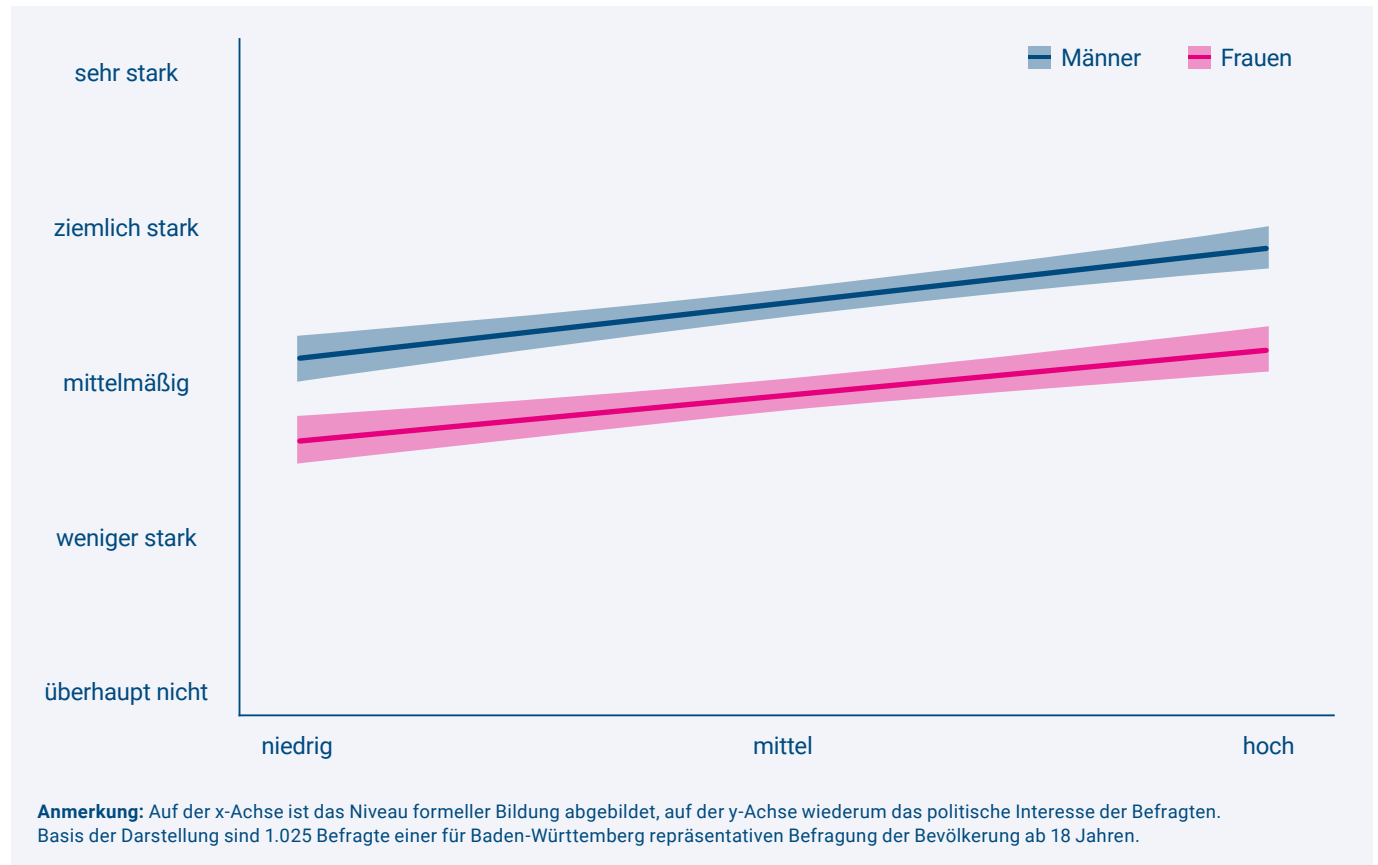
⁴ Fraile, Marta und Irene Sánchez-Vitores. 2019. Tracing the Gender Gap in Political Interest Over the Life Span: A Panel Analysis. In *Political Psychology*, 41(1), 89-106.

⁵ Deth, Jan W. van, Simone Abendschön und Meike Vollmar. 2011. Children and Politics: An Empirical Reassessment of Early Political Socialization. In *Political Psychology*, 32(1), 147-173.

Es ist dabei kaum zu bestreiten, dass politisches Interesse und der formelle Bildungsabschluss in einem engen Zusammenhang stehen. Wenn dabei allerdings geschlechtsspezifische Unterschiede berücksichtigt werden, wird dies noch umso deutlicher. Zwar ist es in beiden Befragtengruppen so,

dass höher Gebildete auch mehr an Politik interessiert sind. Der konkrete Zusammenhang ist jedoch bei Männern deutlich stärker ausgeprägt. Strukturelle Unterschiede bleiben somit selbst bei höherem Bildungsniveau weiterhin sichtbar (vgl. Abb. 7).

Abb. 7 | Zusammenhang von Bildungsniveau und politischem Interesse nach Geschlecht



Da Studien bereits darauf hindeuten, dass Frauen stärker zu einem themenspezifischen Interesse neigen als Männer, wird im Folgenden näher beschrieben, wie sich diese Unterschiede gestalten.

3.2 Inhaltliche Interessen nach Geschlecht

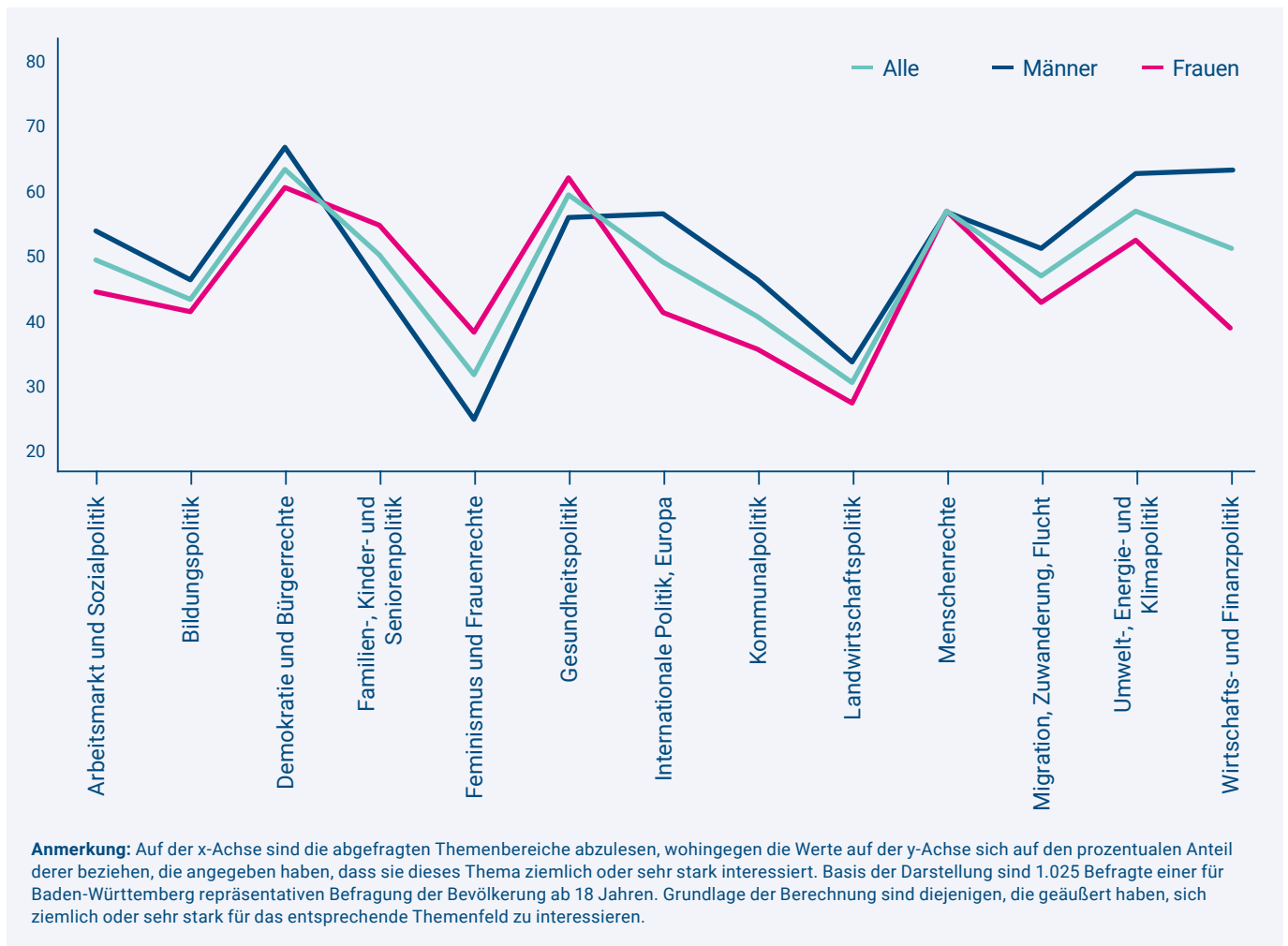
In der empirischen Politikwissenschaft weiß man seit Jahrzehnten um die Bedeutung, die inhaltliche Schwerpunkte, neben weiteren Faktoren wie einer langfristigen Parteibindung oder auch einer eher kurzfristigen Kandidatenfokussierung, auf individuelles Wahlverhalten haben. Frauen entscheiden hierbei allerdings auch aufgrund, im Vergleich zu Männern, in Teilen klar anders gelagerter inhaltlicher Prioritäten.⁶ Nicht

umsonst konnten sich beispielsweise CDU und CSU lange Zeit vor allem auch auf die Wählerstimmen eher katholisch sozialisierter Frauen verlassen, die jahrzehntlang ein treuer Wählerstamm der Unionsparteien waren.

Um die inhaltlichen Interessen der Befragten, unterteilt in Männer und Frauen, differenzierter analysieren zu können, wurden diese in der Befragung gebeten, analog zum allgemeinen politischen Interesse, ihr grundsätzliches Interesse an einer Reihe von vorgegebenen politischen Themen anzugeben. Dadurch lassen sich wiederum sehr eindrücklich Unterschiede hinsichtlich der Präferenzen nach Geschlecht feststellen, wenn nur jene berücksichtigt werden, die angegeben haben, sich ziemlich oder sehr stark für das jeweilige Themengebiet zu interessieren (vgl. Abb. 8)

⁶ Shorrock, Rosalind. 2021. Women, Men, and Elections. Policy Supply and Gendered Voting Behaviour in Western Democracies. Routledge, New York.

Abb. 8 | Themeninteresse nach Geschlecht



- Hinsichtlich der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik geben knapp 48,9 Prozent aller Befragten an, sich hierfür zu interessieren. Der Anteil liegt bei Männern mit über 53,4 Prozent klar über dem Anteil von rund 44,4 Prozent bei Frauen.
- Rund 43,7 Prozent aller Befragten geben an, sich für den Themenbereich Bildungspolitik zu interessieren. Der Anteil liegt bei den männlichen Befragten mit 46,2 Prozent über dem Anteil von knapp über 41,2 Prozent bei den weiblichen Befragten.
- Demokratie und Bürgerrechte ist der für die Baden-Württemberger im Schnitt interessanteste Themenbereich. Über 63,2 Prozent aller Befragten geben an, sich hierfür zu interessieren. Darunter mit rund 66,1 Prozent eindeutig mehr Männer als Frauen, deren Anteil in diesem Fall bei knapp 60,5 Prozent liegt.
- Die Familien-, Kinder- und Seniorenpolitik interessiert mit knapp 50 Prozent jeden zweiten Befragten. Männer liegen hierbei mit einem Anteil von rund 45,4 Prozent deutlich unter dem Anteil der Frauen (54,5 Prozent), die sich hierfür interessieren.
- Feminismus und Frauenrechte interessieren nur knapp 31,9 Prozent aller Befragten, wobei Männer mit 25,4 Prozent sehr klar unter dem Frauenanteil von rund 38,2 Prozent liegen, die hieran Interesse äußern.
- Gesundheitspolitik geben 59 Prozent als Thema an, welches sie interessiert. Dabei liegt der Männeranteil mit 56 Prozent unter dem Anteil der Frauen von knapp 62 Prozent.
- Der Themenbereich Internationale Politik und Europa interessiert rund 48,8 Prozent aller Befragten, wobei Männer mit 56,4 Prozent deutlich mehr Interesse an diesem Themenkomplex als Frauen zeigen, bei denen dieser Anteil knapp 41,2 Prozent beträgt.
- Kommunalpolitik mit einem Gesamtanteil von knapp 40,8 Prozent der Befragten scheint vergleichsweise wenige Befragte zu interessieren. Unter den befragten Männern liegt der Anteil mit 46,2 Prozent klar über dem Anteil bei den Frauen von knapp 35,5 Prozent.
- Die Landwirtschaftspolitik wird von nur rund 30,6 Prozent aller Befragten als interessant erachtet. Knapp über 33,7 Prozent der Männer und etwas mehr als 27,5 Prozent der Frauen geben an, sich dafür zu interessieren.

- Menschenrechte werden von knapp 56,5 Prozent aller Befragten als interessantes Themengebiet erachtet. Unter den befragten Männern beträgt dieser Anteil knapp über 56,2 Prozent und unter den befragten Frauen rund 56,8 Prozent. Letztere sind damit zwar durchschnittlich etwas stärker an diesem Themenbereich interessiert als die Ersteren. Dieser Unterschied ist jedoch zu gering, um signifikante Unterschiede feststellen zu können.
- Den Themenkomplex Migration, Zuwanderung und Flucht benennen knapp 46,9 Prozent der Befragten als interessantes Thema. Männer bekunden hierzu mit 51 Prozent Nennungen ein deutlich höheres Interesse als Frauen, bei denen dies 42,9 Prozent angeben.
- Rund 56,7 Prozent der befragten Baden-Württemberger interessieren sich für Umwelt-, Energie- und Klimapolitik. Dabei beträgt der Anteil der befragten Männer knapp 62,3 Prozent und der der Frauen knapp 52,3 Prozent.
- Hinsichtlich der Wirtschafts- und Finanzpolitik werden die größten Differenzen sichtbar, die sich im Rahmen des Themeninteresses feststellen lassen. Unter allen Befragten geben rund 50,9 Prozent an, diesen Themenbereich interessant zu finden. Während dies unter den Männern von knapp 63,3 Prozent zum Ausdruck gebracht wird, liegt der

Anteil unter den befragten Frauen mit etwas mehr als 38,8 Prozent der Befragten deutlich darunter. Es lassen sich – zumindest für diese Analyse – keine größeren Differenzen als in diesem Themenfeld beobachten.

Obwohl sich Frauen generell weniger für Politik interessieren als Männer, trifft dies nicht auf alle Themenbereiche zu. Die Annahme, dass Frauen mehr Interesse an Politikfeldern zeigen, die sie explizit stärker betreffen als Männer, wird hier bestätigt. Themen wie Feminismus und Frauenrechte, Familien-, Kinder- und Seniorenpolitik sowie Gesundheitspolitik erzeugen ein überdurchschnittliches Interesse bei Frauen. Ein Grund hierfür liegt möglicherweise in der oftmals und zu Recht beklagten Tatsache, dass familiäre Pflegetätigkeiten weiterhin vor allem durch Frauen getragen werden. Aufgrund der geringen Unterschiede zwischen den Geschlechtern ist der Themenbereich Menschenrechte aus dieser Betrachtung auszuschließen.

Allerdings ist es wichtig zu berücksichtigen, dass Frauen auch heute noch generell weniger bekunden, an Politik interessiert zu sein als Männer. Daher ist es von Interesse zu untersuchen, ob sich diese Befunde auch nachweisen lassen, wenn nur diejenigen Befragten miteinander verglichen werden, die angegeben haben, dass sie sich allgemein ziemlich oder sehr stark für Politik interessieren (vgl. Tab. 1).

Tab. 1 | Themenpräferenzen politisch Interessierter

Themen	Alle	Männer	Frauen
Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik	67.73	68.99	65.74
Bildungspolitik	61.17	57.86	66.36
Demokratie und Bürgerrechte	84.82	84.84	84.78
Familien-, Kinder- und Seniorenpolitik	60.88	53.04	73.12
Feminismus und Frauenrechte	39.90	31.38	53.39
Gesundheitspolitik	74.34	68.98	82.78
Internationale Politik, Europa	78.26	81.39	73.31
Kommunalpolitik	59.21	54.84	66.12
Landwirtschaftspolitik	42.09	38.00	48.53
Menschenrechte	70.47	68.79	73.11
Migration, Zuwanderung, Flucht	67.04	65.10	70.09
Umwelt-, Energie- und Klimapolitik	74.15	75.50	72.02
Wirtschafts- und Finanzpolitik	71.61	76.69	63.62

Anmerkung: Basis dieser Berechnung sind 459 Befragte einer für Baden-Württemberg repräsentativen Befragung der Bevölkerung ab 18 Jahren, die angegeben haben, sich ziemlich oder sehr stark für Politik zu interessieren. Dabei sind 304 Befragte männlichen und 155 Befragte weiblichen Geschlechts. Grundlage der Berechnung sind diejenigen, die geäußert haben, sich ziemlich oder sehr stark für das entsprechende Themenfeld zu interessieren.

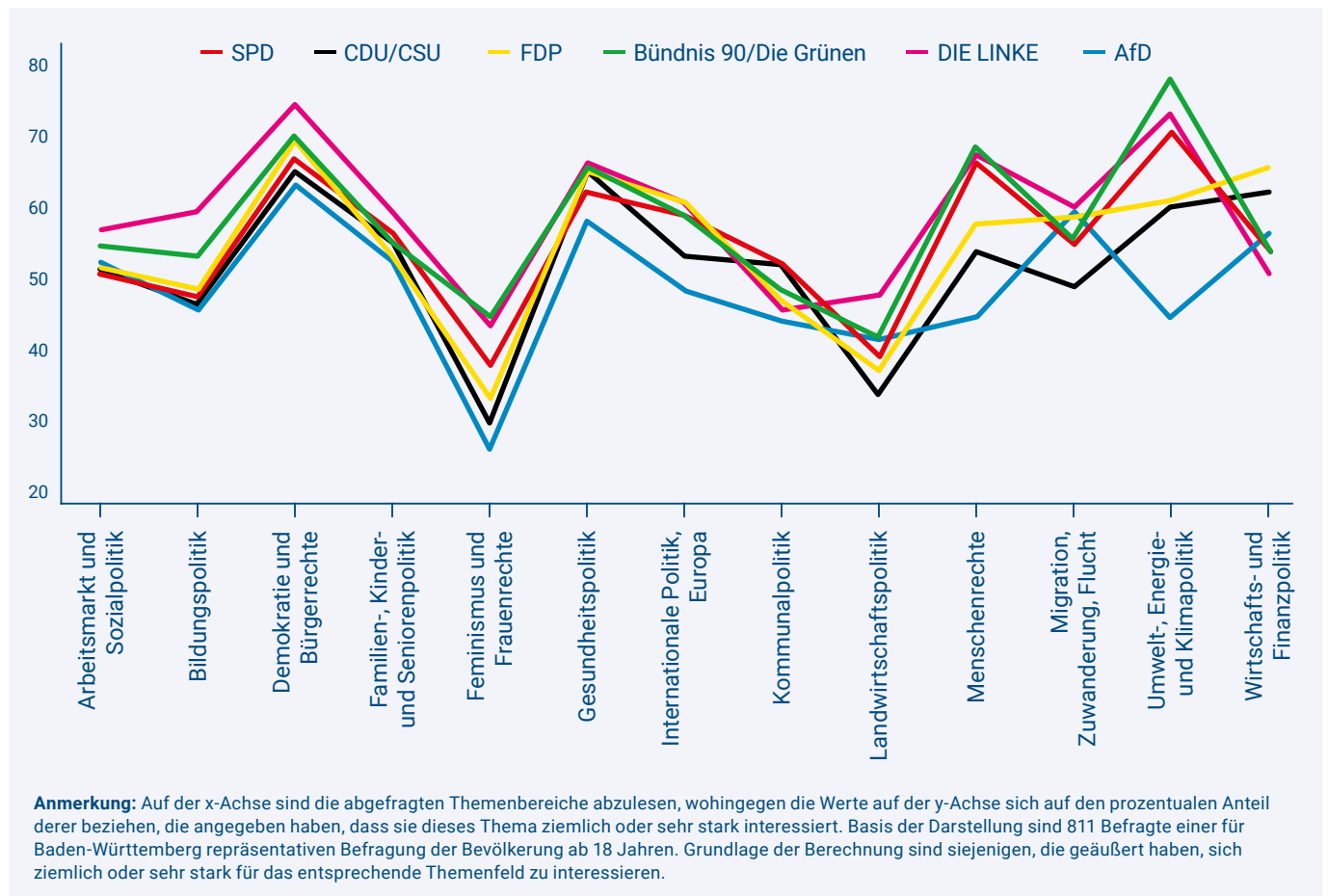
In der Tat führt dies zu maßgeblichen Unterschieden. In diesem Fall sind Frauen in vielen Themenbereichen diejenigen, die das größere Interesse an ihnen zeigen. Dies gilt für Bildungspolitik, Familien-, Kinder- und Seniorenpolitik, Feminismus und Frauenrechte, Gesundheitspolitik, Kommunalpolitik, Landwirtschaftspolitik, Menschenrechte sowie Migration, Zuwanderung und Flucht. Männer bleiben auch weiterhin stärker interessiert an Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, Internationaler Politik und Europa, Umwelt-, Energie- und Klimapolitik sowie an Wirtschafts- und Finanzpolitik. Hinsichtlich Demokratie und Bürgerrechten bleiben die Differenzen zwischen den untersuchten Geschlechtern marginal. Künftig ist hier, aus diesem Grund, unbedingt weiterführende Forschung notwendig, um diesen Fragen auf den Grund zu gehen – insbesondere mit mehr Befragten, um statistische Verzerrungen aufzuschließen.

3.3 Inhaltliche Interessen nach Parteipotenzialen

Naturgemäß nehmen Parteien unterschiedliche inhaltliche Standpunkte im Wettbewerb der Parteien ein, von denen ausgehend sie um Wählerstimmen konkurrieren. Dabei unterscheiden sich allerdings ebenso naturgemäß die inhaltlichen Interessen der unterschiedlichen Gruppen, die sich potenziell die Wahl der jeweiligen Parteien vorstellen könnten. Hinsichtlich der thematischen Interessenlage innerhalb der jeweiligen

Parteipotenziale werden zum Teil große Divergenzen sichtbar. So sind etwa die potenziellen Wählerinnen und Wähler der Grünen und der Linken an den meisten Themenkomplexen sehr interessiert, wohingegen potenzielle Wählerinnen und Wähler der AfD vor allem durch ein stärker ausgeprägtes inhaltliches Desinteresse hervorstechen. Einzig im Themenbereich der Migrations-, Zuwanderungs- und Fluchtspolitik heben sich diese stärker ab, wenngleich auch hierbei die potenziellen Wählerinnen und Wähler der Linken das größte Interesse zeigen. Ebenso erwartbar ist etwa, dass sich potenzielle Unterstützerinnen und Unterstützer der Grünen überdurchschnittlich stark für Umwelt-, Energie- und Klimapolitik interessieren oder potenzielle Wählerinnen und Wähler der FDP ein hohes inhaltliches Interesse an der Wirtschafts- und Finanzpolitik haben. Unter potenziell SPD-Wählenden sind keine eindeutigen Muster zu erkennen, an denen sich das Interesse ebendieses Potenzials sonderlich absetzen würde. Verwunderlich ist nur das inhaltlich geringe Interesse an Fragen, die die Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik betreffen: Potenzielle Unterstützerinnen und Unterstützer der SPD zeigen hier durchschnittlich das geringste Interesse. Mit Blick auf die CDU ist das geringe Interesse an Fragen der Landwirtschaftspolitik von Bedeutung, da sich die Unionsparteien historisch als Parteien verstanden haben, deren Interessenvertretung insbesondere auch dem Agrarbereich gilt. Für potenzielle Wählerinnen und Wähler der CDU in Baden-Württemberg lässt sich kein einziges Thema benennen, bei dem sich diese von den Wahlpotenzialen bedeutend abheben würden (vgl. Abb. 9).

Abb. 9 | Themeninteressen der unterschiedlichen Parteipotenziale



3.4 Inhaltliche Interessen nach Parteipotenzialen und Geschlecht

Es sind in dieser Frage allerdings auch geschlechtsspezifische Differenzen von Interesse, welche sich innerhalb der jeweiligen Wählerpotenziale beobachten lassen. Innerhalb des CDU-Potenzials sind Frauen deutlich stärker an Demokratie und Bürgerrechten, Familien-, Kinder- und Seniorenpolitik, Feminismus und Frauenrechten, Gesundheitspolitik,

Feminismus und Frauenrechten sowie der Gesundheitspolitik interessiert. Männer unter den potenziellen Wählern der CDU wiederum unterscheiden sich von Frauen immens mit Blick auf ihr Interesse an Wirtschafts- und Finanzpolitik. Die potenzielle CDU-Wählerschaft liegt allerdings im Wesentlichen im Bevölkerungsdurchschnitt, dessen Befunde bereits vorgestellt wurden (vgl. Abb. 10).

Abb. 10 | Themeninteressen beim CDU-Potenzial nach Geschlecht



Bei den potenziell SPD-Wählenden gibt es ähnlich wie bei anderen Parteipotenzialen Unterschiede in den Interessenlagen von Frauen und Männern. Insbesondere in Fragen der Wirtschafts- und Finanzpolitik zeigen Männer ein stärkeres Interesse als Frauen. Dies gilt mit Blick auf die potenzielle SPD-Wählerschaft allerdings auch für weitere Themenkomplexe wie die Kommunalpolitik, die Landwirtschaftspolitik oder die

Umwelt-, Energie- und Klimapolitik. Frauen innerhalb dieser Gruppe wiederum zeichnen sich durch ihr höheres Interesse an Feminismus und Frauenrechten sowie der Gesundheitspolitik aus. Ähnlich wie im Fall der potenziellen CDU-Wählerschaft liegen demnach keine wesentlichen Abweichungen hinsichtlich der Themeninteressen vor (vgl. Abb. 11).

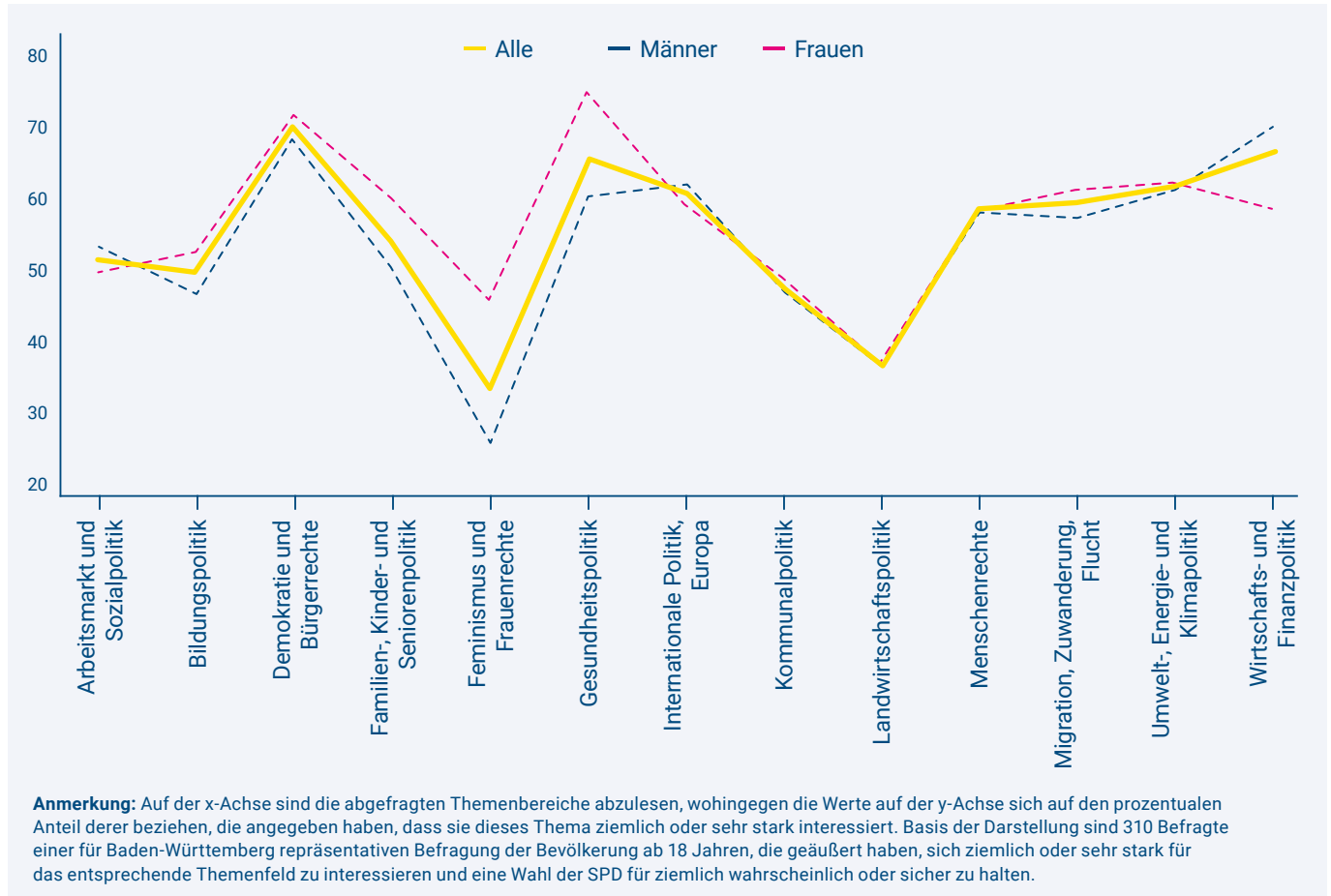
Abb. 11 | Themeninteressen beim SPD-Potenzial nach Geschlecht



Gleiches ist hinsichtlich potenzieller Wählerinnen und Wähler der FDP festzustellen. Auch hier sind die Frauen, wie im Bevölkerungsdurchschnitt, deutlich stärker an Familien- Kinder- und Seniorenpolitik, Feminismus und Frauenrechten sowie

der Gesundheitspolitik interessiert. Männer wiederum zeigen ein höheres Interesse als Frauen am Themenkomplex der Wirtschafts- und Finanzpolitik (vgl. Abb. 12).

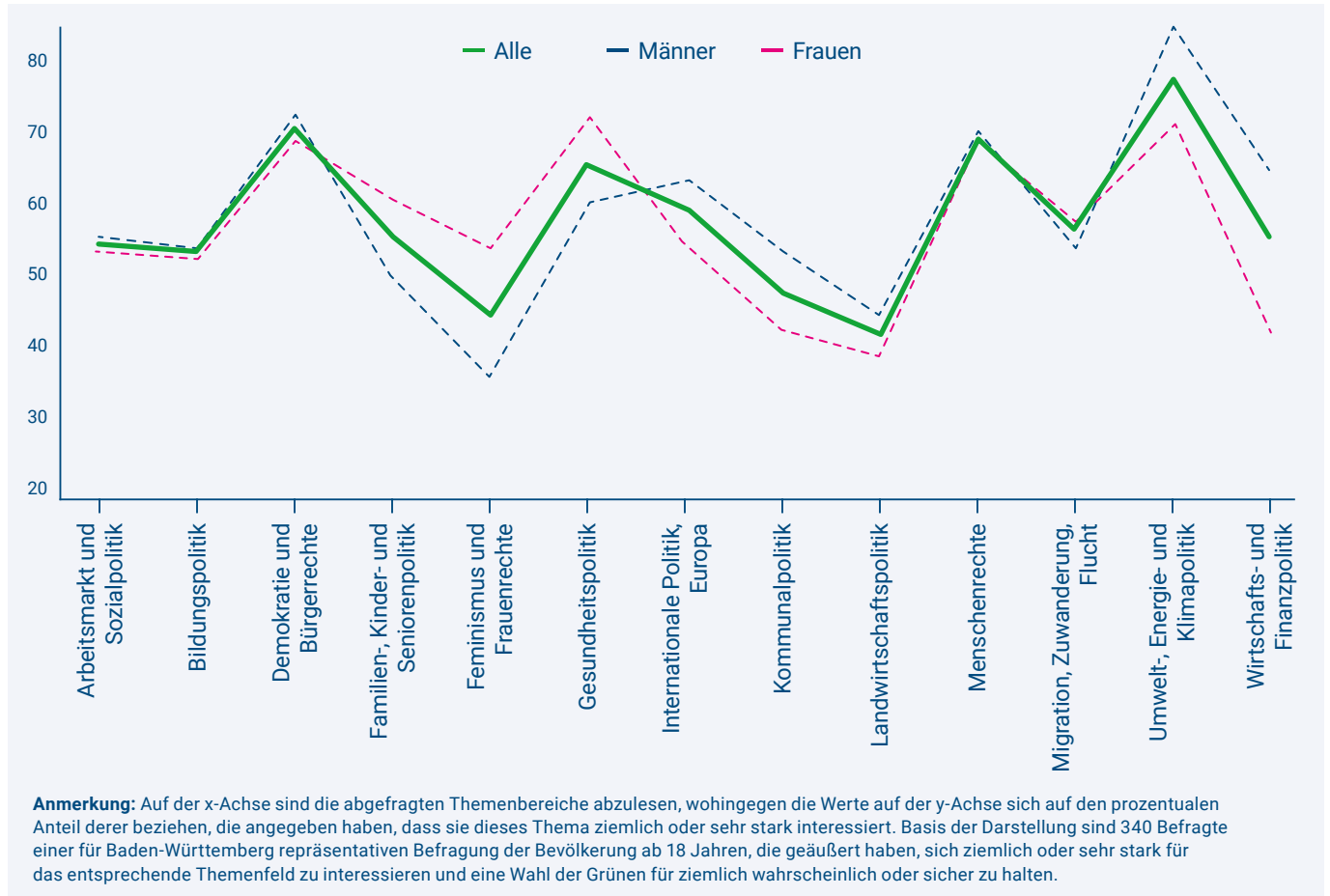
Abb. 12 | Themeninteressen beim FDP-Potenzial nach Geschlecht



Derselbe Befund gilt auch hinsichtlich potenzieller Wählerinnen und Wähler der Grünen, bei denen sich auch keine bedeutenden Abweichungen feststellen lassen. Im Gegenteil: Auch hier sind Frauen deutlicher an Familien- Kinder- und Seniorenpolitik, Feminismus und Frauenrechten sowie der

Gesundheitspolitik interessiert. Die Diskrepanz zwischen beiden Geschlechtern fällt hinsichtlich ihres Interesses an der Wirtschafts- und Finanzpolitik allerdings bedeutend höher aus (vgl. Abb. 13).

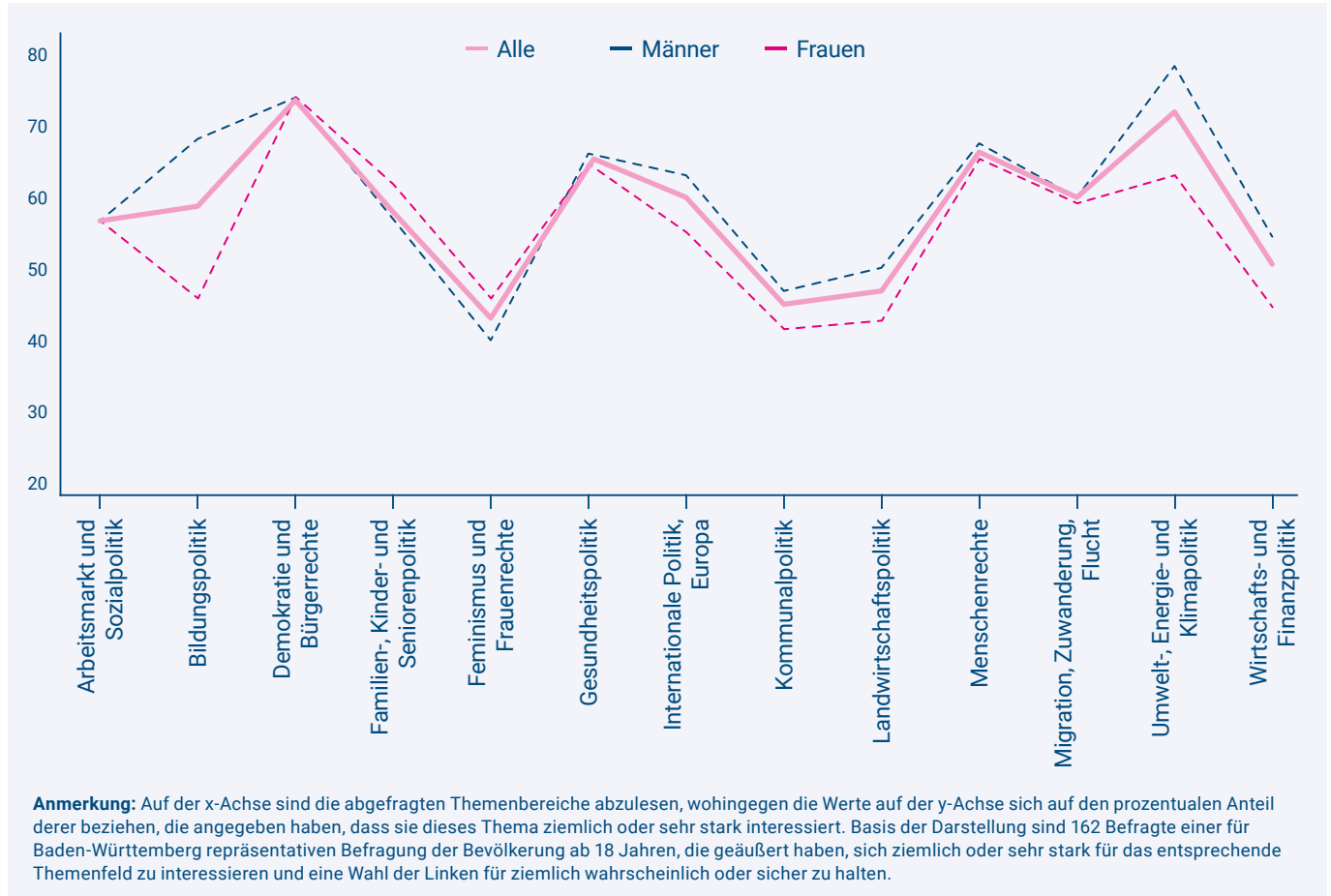
Abb. 13 | Themeninteressen beim Grünen-Potenzial nach Geschlecht



Interessanterweise verhält es sich hinsichtlich potenzieller Wähler der Linken dahingehend anders, als dass in diesem Fall kein, im direkten Vergleich, wesentlich erhöhtes Interesse gegenüber einzelnen Themenbereichen seitens der Frauen feststellbar ist. Allerdings zeigen die Männer in dieser Grup-

pe ein erheblich erhöhtes Interesse an der Bildungspolitik sowie dem Themenbereich der Umwelt-, Energie- und Klimapolitik. Auch sind diese mehr interessiert an wirtschafts- und finanzpolitischen Themen (vgl. Abb.14).

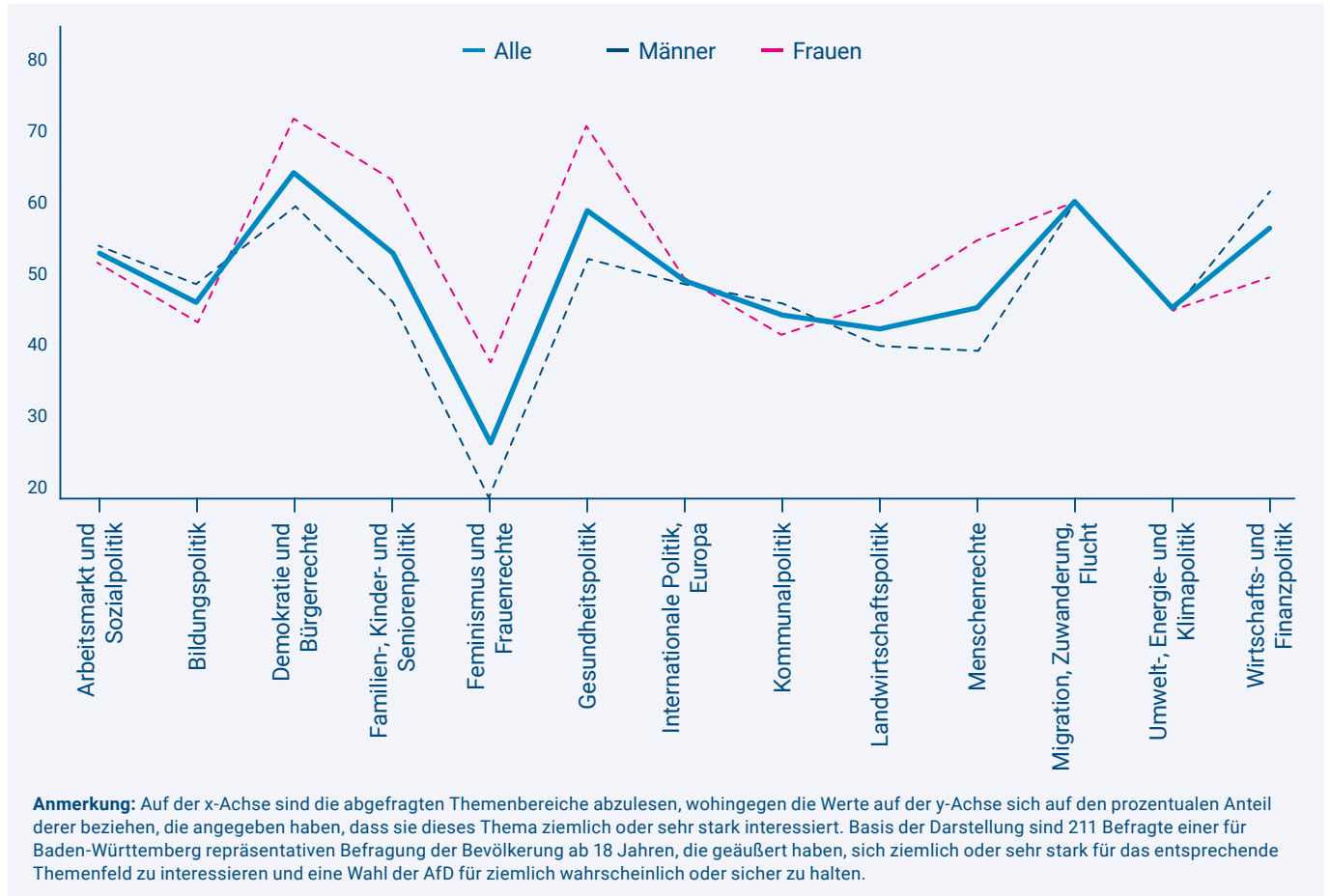
Abb. 14 | Themeninteressen beim Linken-Potenzial nach Geschlecht



Erhebliche Geschlechterunterschiede sind allerdings hinsichtlich der potenziellen AfD-Wählerschaft festzustellen. Frauen sind hierbei in einer Vielzahl von Themen ebenso sehr interessiert wie Männer, darüber hinaus zeigen sie an

vielen Themenbereichen allerdings auch ein deutlich stärkeres Interesse. Der einzige Themenbereich, bei dem Männer eindeutig in der Summe häufiger interessiert sind, ist die Wirtschafts- und Finanzpolitik (vgl. Abb. 15).

Abb. 15 | Themeninteressen beim AfD-Potenzial nach Geschlecht



3.5 Zusammenfassende Anmerkungen zum Themeninteresse

Männer sind im Allgemeinen stärker an Politik interessiert als Frauen. Dieser jahrzehntealte Befund kann weiterhin – auch hinsichtlich der Bevölkerung von Baden-Württemberg – als geltend angesehen werden. Diese Unterschiede bleiben sogar unter Betrachtung unterschiedlicher Niveaus formeller Bildung konstant. Ursächlich werden für die Persistenz dieser sich manifestierenden Unterschiede vor allem familiäre Einflüsse und der Einfluss von Bildungsinstitutionen ausgemacht, bei denen auch heute noch klassische Rollenbilder eine zentrale Rolle spielen. Dies zeigt sich auch im sehr spezifischen Themeninteresse, welches hier betrachtet wurde. Wird Frauen in traditionellen Rollenverständnissen doch die Aufgabe der Familienmanagerin zugesprochen, zeigt sich hinsichtlich geschlechtsspezifischer Unterschiede durchaus, wie enorm sich Männer und Frauen mit Blick auf ihr Interesse an Familien-, Kinder- und Seniorenpolitik

auch heute noch unterscheiden. Gleiches gilt mit Blick auf das Thema Feminismus und Frauenrechte, an dem Männer deutlich weniger Interesse zeigen. Insbesondere die Gesundheitspolitik sticht hierbei allerdings als weiteres Thema hervor, an dem Frauen ein stärkeres Interesse bekunden als Männer. Dies könnte mit prägenden hergebrachten Rollenverständnissen zusammenhängen, möglicherweise auch mit einer größeren Nähe von in der häuslichen Sorgearbeit mit gesundheitlichen Fragen täglich und regelmäßig befassten Frauen zu diesen Themen. Ein erhöhtes Interesse an der Gesundheitspolitik könnte dann folgerichtig erscheinen.⁷

Diese essenziellen Unterschiede zeigen sich sodann auch für die einzelnen Potenziale der untersuchten Parteien. Einzige Ausnahme bilden potenzielle Wählerinnen und Wähler der Linken, unter denen sich geschlechtsspezifische Unterschiede nahezu nivellieren, aber auch potenziell AfD-Wählende, unter denen Frauen weitaus stärker an einer Vielzahl politischer Themenfelder interessiert sind.

⁷ In ihrem 2021 veröffentlichten Buch „Women, Men, and Elections. Policy Supply and Gendered Voting Behaviour in Western Democracies“ gelingt es der Autorin, Rosland Shorrocks, diese Befunde sehr eindrücklich international zu systematisieren.

4. Partizipation in Baden-Württemberg

Politische Partizipation hat viele Gesichter und umfasst als Sammelbegriff zunächst „alle Tätigkeiten (...), die Bürger freiwillig mit dem Ziel vornehmen, Entscheidungen auf verschiedenen Ebenen des politischen Systems zu beeinflussen“⁸. Um ein differenziertes Bild über die spezifischen Aktivitäten der Befragten zu erhalten, wurden diese gebeten, aus einer Auswahl von vier Optionen zum Ausdruck zu bringen, wie sich ihr spezifisches Partizipationsverhalten gestaltet. Hierbei handelte es sich um die folgenden Angaben:

- (1) Ja, habe ich bereits getan und kann ich mir vorstellen, wieder zu tun.
- (2) Ja, habe ich bereits getan, aber kann ich mir nicht vorstellen, wieder zu tun.
- (3) Nein, habe ich noch nicht getan, aber kann ich mir vorstellen, zu tun.
- (4) Nein, habe ich noch nicht getan und kann ich mir auch nicht vorstellen, zu tun.

Im Folgenden wird der Schwerpunkt auf jene gelegt, die in der Vergangenheit bereits in einer bestimmten Form partizipiert haben (Optionen 1 und 2) oder dies nicht getan haben, in Zukunft aber auch nicht vorhaben, ändern zu wollen (Option 4).

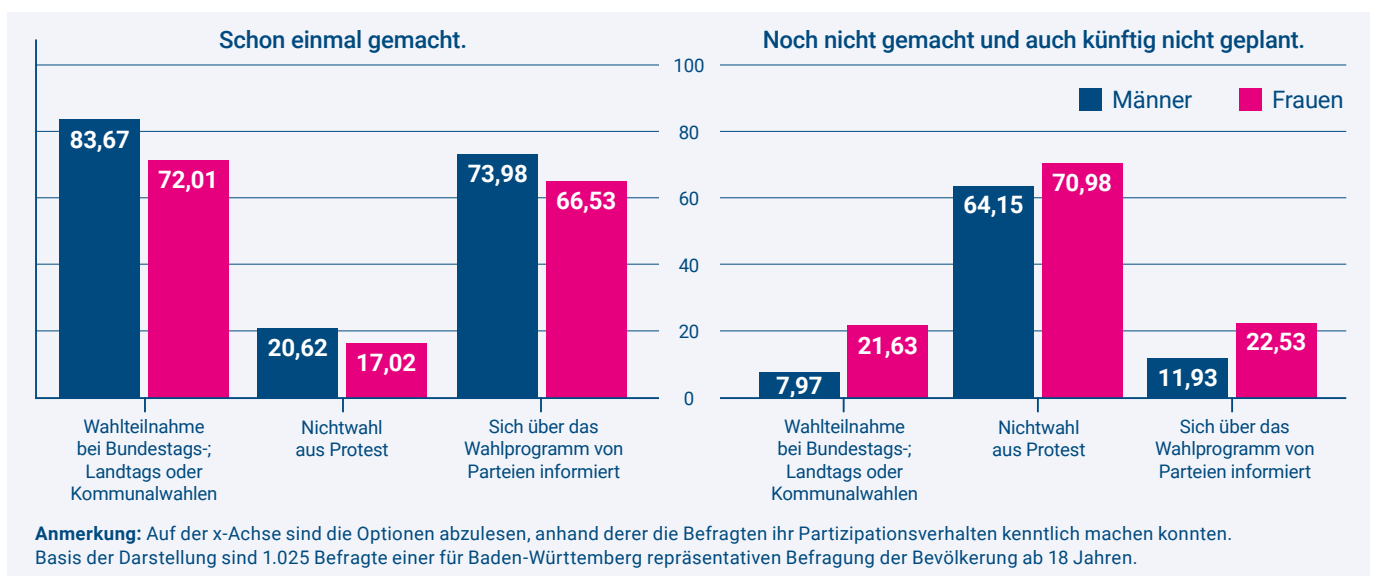
4.1 Wahl, Nichtwahl, Wahlprogramme

Klassischerweise zählt das Wahlverhalten als grundlegendste Partizipationsform, die auch mit dem geringsten Aufwand verbunden ist. Wenig verwunderlich ist, dass demnach rund 83,7 Prozent der befragten Männer angegeben haben, bei einer Bundestags-, Landtags- oder Kommunalwahl gewählt zu haben. Der Anteil der Frauen ist mit knapp über 72 Prozent deutlich geringer. Weitaus höher ist allerdings die Diskrepanz

hinsichtlich derer, die angegeben haben, dies in der Vergangenheit noch nicht gemacht zu haben und auch in Zukunft nicht zu planen. Während der Anteil der Männer, die dies angegeben, knapp 8 Prozent beträgt, machen rund 21,7 Prozent der befragten Frauen diese Angabe. Frauen in Baden-Württemberg sind demnach auch weniger für die Politik erreichbar als Männer. Gleichzeitig zeigt sich dann aber bei der Frage, ob in der Vergangenheit aus Protest nicht gewählt wurde, dass Männer dies offenbar geringfügig häufiger als Frauen gemacht haben. Diese wiederum sehen dies, im direkten Vergleich zu den befragten Männern, auch erheblich weniger als probates Mittel, um Protest auszudrücken.

Grundlage für Wahl oder bewusste Nichtwahl können viele Dinge sein. Angefangen bei einer langfristigen Parteineigung, der Orientierung an bestimmten Kandidatinnen und Kandidaten oder auch der Übereinstimmung mit konkreten politischen Inhalten. Dies sind nur einige der vielen Aspekte, die in der Wahlforschung etabliert sind, um Wahlverhalten zu erklären. Sofern es sich um inhaltliche Entscheidungen handelt, nach denen Entscheidungen getroffen werden, ist es allerdings vonnöten, sich über das Wahlprogramm einer oder mehrerer Parteien zu informieren. Die Möglichkeiten, wie dies heute wahrgenommen werden kann, sind facettenreicher denn je. Angefangen mit der klassischen Lektüre gibt es darüber hinaus etwa die Möglichkeit, eigens dafür konzipierte Fernsehsendungen zu sehen oder Podcasts zu hören, Wahlhilfen wie den Wahl-O-Mat oder den WahlSwiper zu verwenden und nicht zuletzt auf umfassende Angebote in den sozialen Medien zurückzugreifen. Rund 73,9 Prozent der befragten Männer aus Baden-Württemberg haben demnach angegeben, sich in der Vergangenheit bereits über das Wahlprogramm von Parteien informiert zu haben. Demgegenüber ist der Frauenanteil mit knapp über 66,5 Prozent erheblich geringer (vgl. Abb. 16).

Abb. 16 | Wahl, Nichtwahl, Wahlprogramme (Angaben in Prozent)



⁸ Kaase, Max. 1995. In Nohlen, Dieter (Hrsg.): Wörterbuch Staat und Politik. Bundeszentrale für politische Bildung: Bonn, S. 521-527.

Auch hier zeigt sich der klare Effekt, den ein geringeres politisches Interesse hat. Ähnliche Beobachtungen machen allerdings auch internationale Studien, die weltweit untersuchen, wie die Nutzerschaft von Wahlhilfen wie dem Wahl-O-Mat aussieht: überdurchschnittlich männlich. Interessant ist daher auch, wer in der Vergangenheit noch keine Informationen über die Wahlprogramme von Parteien eingeholt hat und dies auch in Zukunft nicht ändern will. Dies trifft auf knapp 12 Prozent der befragten Männer und rund 22,5 Prozent der befragten Frauen zu.

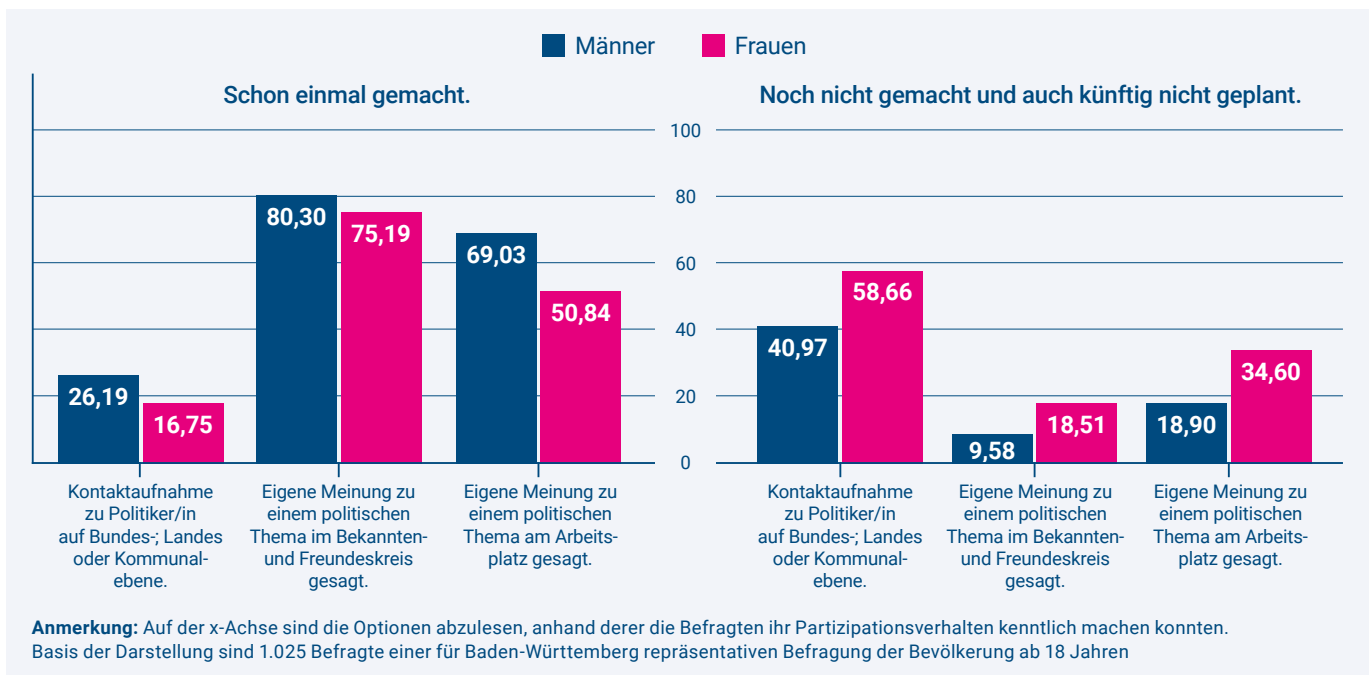
4.2 Kommunikation über Politik

Politikerinnen und Politiker sind oftmals um einen regen Austausch mit den Bürgern bemüht. Dafür organisieren sie beispielsweise Gesprächsforen, in denen aktuelle Probleme angesprochen werden können. Sie versuchen, sich auf den sozialen Medien als ansprechbar zu inszenieren und suchen, etwa im Rahmen von Infoständen, den Kontakt mit der Bevölkerung. Selten kommt es allerdings auch dazu, dass die Bürgerinnen und Bürger ihrerseits den Kontakt zu Politikerinnen und Politikern aufnehmen. Im Fall der Befragten in Baden-Württemberg geben rund 26,2 Prozent der Männer an, dies schon einmal gemacht zu haben – Frauen sind mit knapp 16,8 Prozent erheblich zurückhaltender. Ganz grundsätzlich scheint dies allerdings auch keine Option der ersten Wahl zu sein, um sich politisch zu involvieren, da knapp 41 Prozent der männlichen Befragten eine solche Kontaktaufnahme für sich

grundsätzlich ausschließen. Die weiblichen Befragten mit annäherungsweise 58,7 Prozent sind sogar noch deutlich ablehnender eingestellt. Dies bedeutet allerdings nicht, dass die Befragten nicht über Politik reden würden oder reden wollen würden. Insbesondere dem Elternhaus und der Familie kommen bis heute, wie bereits angeführt, zentrale Rollen in der politischen Sozialisation zu. Eine weitere Gruppe, mit der gewöhnlich auch über politische Themen gesprochen wird, sind Personen aus dem Bekannten- oder Freundeskreis. Dabei sind diese Gespräche keineswegs nur abstrakt, sondern es wird in ihnen auch oftmals die eigene politische Überzeugung preisgegeben – und nicht nur einmalig. In Baden-Württemberg trifft dies so auf 80,3 Prozent aller männlichen Befragten und rund 75,2 Prozent aller weiblichen Befragten zu. Ablehnend äußern sich etwas mehr als 9,5 Prozent der befragten Männer und – damit deutlich mehr – knapp über 18,5 Prozent der befragten Frauen.

Anders gestaltet sich die Situation, wenn es um die Offenbarung der eigenen Meinung zu einem politischen Thema am Arbeitsplatz geht. Deutlich weniger Befragte geben an, dies in der Vergangenheit schon einmal gemacht zu haben. Insgesamt trifft dies auf knapp über 69 Prozent der männlichen Befragten und rund 50,9 Prozent der weiblichen Befragten zu. Eine eher ablehnende Einstellung ist vor allem unter den befragten Frauen ersichtlich, bei denen 34,6 Prozent angeben, dies noch nie gemacht zu haben und auch in Zukunft nicht ändern zu wollen. Mit 18,9 Prozent fällt der Anteil bei den männlichen Befragten erheblich geringer aus (vgl. Abb.17).

Abb. 17 | Kommunikation über Politik (Angaben in Prozent)



Entsprechend lässt sich konstatieren, dass Männer hinsichtlich der eigenen Überzeugungen wesentlich mitteilungsbe-

dürftiger sind als Frauen. Dies gilt unabhängig vom Publikum, welches hiermit adressiert wird.

4.3 Unterschriften, Teilnahme an Demonstrationen und digitaler Protest

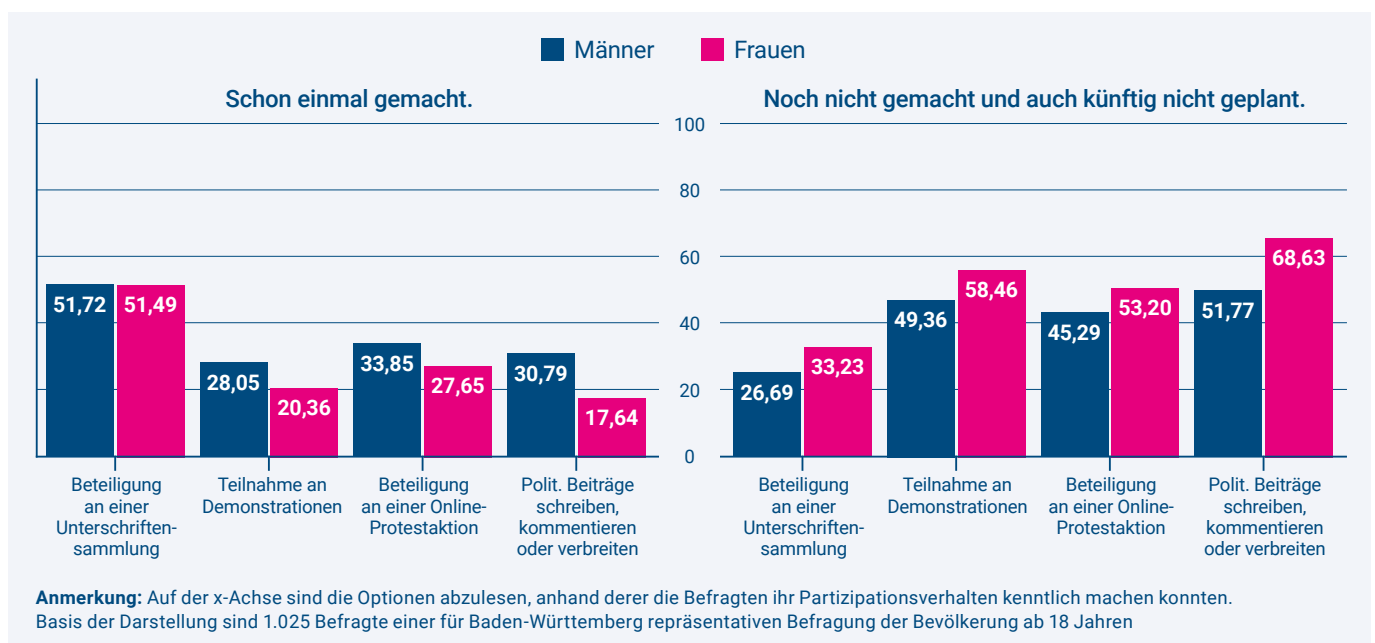
Protestformate oder Möglichkeiten, die eigene Meinung oder ein Unbehagen zu bestimmten politischen Entwicklungen zum Ausdruck zu bringen, werden immer vielfältiger. Durch die Verbreitung des Internets und der darin immer populärer werdenden sozialen Medien hat sich auch unsere Gesellschaft verändert. Dies bedeutet allerdings nicht, dass die Unterschriftensammlung als eines der klassischsten Instrumente, um Unterstützung für oder gegen bestimmte politische und gesellschaftliche Vorhaben zu sammeln, dadurch irrelevant würde. So bleibt die Teilnahme an Unterschriftensammlungen weiterhin populär – sie hat sich in Teilen sogar in den digitalen Raum verlagert. Für Baden-Württemberg lassen sich entsprechend nur geringe Unterschiede hinsichtlich der tatsächlichen Partizipation an solchen Sammlungen zwischen Männern und Frauen feststellen. Knapp über 51,7 Prozent der Männer geben an, sich bereits an einer Unterschriftensammlung beteiligt zu haben, bei Frauen sind es rund 51,5 Prozent. Aufschlussreiche Unterschiede zeigen sich allerdings bei denen, die dies noch nicht gemacht haben und angeben, das auch in Zukunft nicht machen zu wollen. Dies sind rund 26,7 Prozent der Männer und über 34,2 Prozent der Frauen. Ähnlich wie bei den vorangegangenen Formen der Partizipation ist es demnach auch hier so, dass selbst in Fällen, in denen Männer und Frauen gleichermaßen partizipationswillig und offen für ein bestimmtes Format sind, zumindest die ablehnende Haltung zumeist überdurchschnittlich stark von Frauen geteilt wird. Auch hier wirkt offenkundig das durchschnittlich geringere politische Interesse nach. Eine mit erheblich höherem persönlichem Aufwand verbundene Aktivität ist wiederum die Teilnahme an Demonstrationen. Entsprechend geringer fallen die Werte in diesem Fall auch aus. Knapp über 28 Prozent der männlichen Befragten in Baden-Württemberg geben an, sie hätten bereits in der Vergangenheit an einer Demonstration

teilgenommen. Der Anteil unter den Frauen fällt mit etwas mehr als 20,3 Prozent noch erheblich geringer aus. Größere Diskrepanzen treten allerdings auch dahingehend zu Tage, für wen dies weder in der Vergangenheit noch in der Zukunft eine reelle Partizipationsmöglichkeit darstellt. Dies geben über 49 Prozent der männlichen Befragten und über 58 Prozent der weiblichen Befragten an.

Online-Protestaktionen hingegen erfreuen sich einer deutlich höheren Beliebtheit. Im direkten Vergleich zur Demonstrationsteilnahme ist der Anteil unter den befragten Frauen hierbei klar erhöht. So geben über 27,5 Prozent an, auf diese Art und Weise bereits politisch partizipiert zu haben. Ebenso ist der Anteil unter den männlichen Befragten mit knapp über 33,8 Prozent erhöht. Allerdings sind die eher ablehnenden Einstellungen vergleichbar zu denen für eine Teilnahme an Demonstrationen.

Ein interessanter Befund ist allerdings, dass unter den für diese Studie befragten Personen aus Baden-Württemberg offenbar der Anteil derer, die sich an digitalen Protestformaten beteiligen, höher ist als der Anteil derer, die in sozialen Medien politische Beiträge geschrieben, kommentiert oder weiterverbreitet haben. Eine Möglichkeit, warum diese Zahlen divergieren, kann unter anderem darin zu finden sein, dass nicht jede Form von Protest notwendigerweise als politisch verstanden wird. Während die männlichen Befragten mit rund 30,8 Prozent hierbei allerdings nicht wesentlich von der Beteiligung an einer Online-Protestaktion abweichen, fällt der Anteil unter den Frauen mit knapp über 17,6 Prozent erheblich geringer aus. Weitaus deutlicher sind die Zahlen allerdings auch mit Blick auf die Anteile derer, die so weder in der Vergangenheit politisch partizipiert haben noch dies für die Zukunft zu ändern gedenken. Unter den männlichen Befragten beträgt der Anteil rund 51,8 Prozent, unter den weiblichen Befragten über 68,6 Prozent (vgl. Abb. 18).

Abb. 17 | Protestformen (Angaben in Prozent)

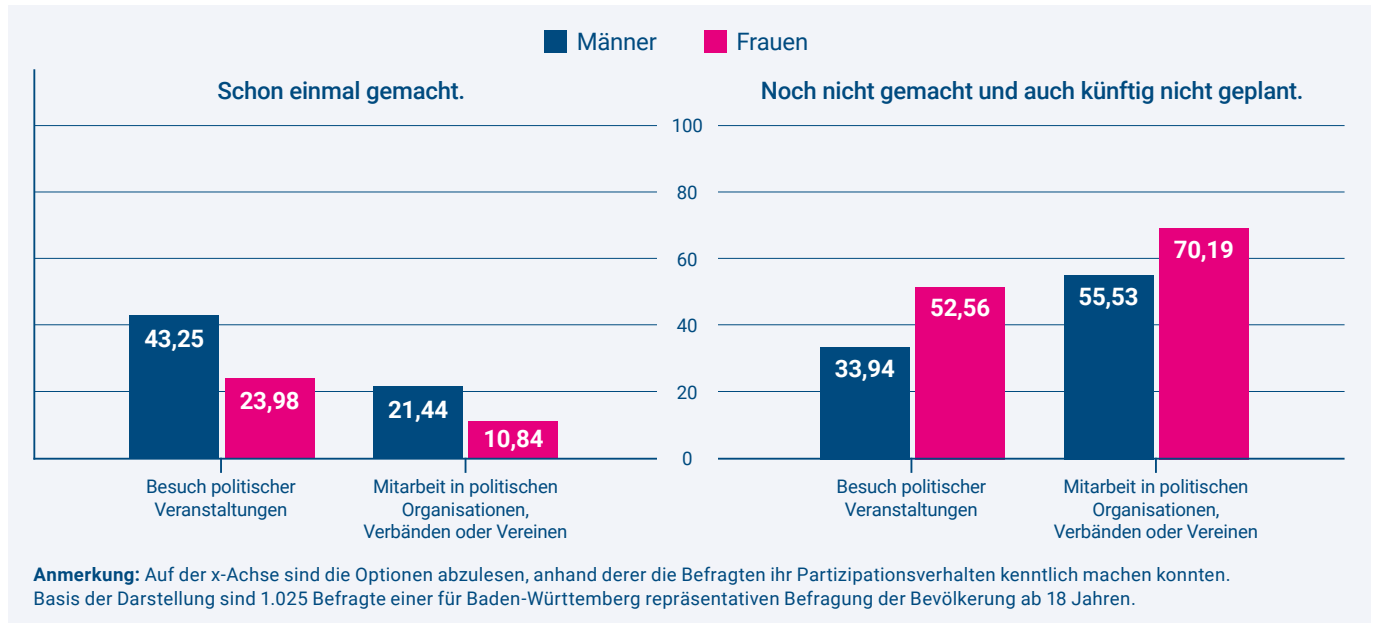


4.4 Teilnahme an politischen Veranstaltungen und aktive Mitarbeit

Anstatt demnach aktiv in das Geschehen einzugreifen, folgen die Befragten eher Formaten, in denen sie auch stille Zuhörer sein können. Eine Möglichkeit dafür ist etwa, politische Ver-

anstaltungen zu besuchen. Dabei sind allerdings frappierende Unterschiede zwischen den Geschlechtern festzustellen. Während über 43,2 Prozent aller befragten Männer angeben, dies in der Vergangenheit bereits gemacht zu haben, liegt der Anteil unter den befragten Frauen mit rund 24 Prozent erheblich unter diesem Wert (vgl. Abb. 19).

Abb. 19 | Veranstaltungen und politisches Engagement (Angaben in Prozent)



Umso deutlicher sind diese Differenzen auch hinsichtlich der Anteile derer, für die dies auch in Zukunft keine Option zu sein scheint. Während dies rund 34 Prozent der männlichen Befragten angeben, liegt der Anteil unter den weiblichen Befragten mit knapp 52,6 Prozent sichtbar über diesem Wert. Umso klarer fallen die Befunde allerdings aus, wenn nach der Bereitschaft zu aktivem Engagement in politischen Organisationen, einem politischen Verband oder einem politischen Verein gefragt wird. Nur rund 21,5 Prozent aller männlichen Befragungsteilnehmer geben an, dies in der Vergangenheit bereits gemacht zu haben – unter den befragten Frauen sind es nicht einmal 11 Prozent. Während über 70 Prozent der weiblichen Befragten dies für auch künftig nicht zu ändern gedenken, fällt der Anteil unter den männlichen Befragungsteilnehmern mit knapp über 55,5 Prozent erheblich geringer aus.

4.5 Zusammenfassende Anmerkungen zur politischen Partizipation

Es kann als Binsenweisheit bezeichnet werden, dass wer mehr an Politik interessiert ist, per se auch häufiger politisch partizipiert, nicht nur in Form der Wahlteilnahme, sondern

ebenso auch darüber hinaus. Es zeigt sich sehr eindrücklich, dass dies in Baden-Württemberg auch in Form der unterschiedlichsten Partizipationsformen zutrifft. Männer sind dabei grundsätzlich in der Vielfalt partizipativer als Frauen. Das betrifft keineswegs nur wahlverhaltensrelevante Formen politischer Partizipation. Auch im privaten oder beruflichen Kontext sind Männer demnach eher dazu geneigt, die eigene politische Meinung zum Ausdruck zu bringen. Gleichzeitig sind sie aktiver in diversen Protestformaten und nehmen häufiger an politischen Veranstaltungen teil. Von besonderer Relevanz ist hierbei allerdings auch der Blick darauf, ob sich eine bisherige Zurückhaltung politischer Partizipation künftig ändern könnte. Die hierbei zutage tretenden geschlechtsspezifischen Unterschiede sind in vielerlei Hinsicht besorgniserregend, da sie darauf schließen lassen, dass ein nicht unwesentlicher Anteil der Bevölkerung politisch in gewissen Teilen polit-apathtisch ist. Im direkten Vergleich ist der Frauenanteil in fast allen Partizipationsformaten unter den Partizipationsunwilligen – in Teilen sogar deutlich – höher als der Männeranteil. Einzig eine Nichtwahl aus Protest wird von den weiblichen Befragten weniger häufig in Betracht gezogen als unter den befragten Männern.

5. Zwischen Vorbehalt und Vorurteil: Sichtweisen auf Parteien

Insbesondere hunderttausende Freiwillige, die sich ehrenamtlich in den unterschiedlichsten Parteigliederungen einbringen, leisten einen zentralen Beitrag an und für unsere demokratischen Strukturen. Dennoch ist festzustellen, dass der Parlamentarismus auch in Deutschland gewisse Repräsentationsdefizite aufweist. Das betrifft zum einen die inhaltliche Dimension, bei der die etablierten Parteien eine gewisse Schwerfälligkeit aufweisen, die eigene inhaltliche Agenda an neue Fragestellungen anzupassen. Aber auch hinsichtlich der Frage, wer in die Lage versetzt wird, die Bevölkerung politisch repräsentieren zu können, lassen sich Nachholbedarfe benennen. Menschen ohne akademischen Hintergrund und Frauen sind nur zwei Gruppen, die zu nennen wären, die in den Parlamenten deutlich unterrepräsentiert sind. Diese und weitere Gründe tragen dazu bei, dass Politikerinnen und Politiker sowie Parteien sich keiner allzu überschwänglichen Beliebtheit erfreuen. Gleichzeitig erweist sich das Gerücht, die Bevölkerung in Deutschland unterliege einer allgemeinen Politikverdrossenheit, als sehr widerstandsfähig. Dieses Gerücht wird allerdings wohl auch als bequeme Ausrede genutzt, nicht die ursächlichen Problemlagen anzugehen, die überhaupt dazu beitragen, Parteien sowie Politikerinnen und Politiker nicht allzu positiv zu bewerten. Wie die Bürgerinnen und Bürger in Baden-Württemberg tatsächlich zu Parteien und ihren Mitgliedern stehen, ob sie sich eine Mitgliedschaft in Parteien grundsätzlich vorstellen könnten und welche Weichenstellungen hierfür notwendig sein könnten, wird im nun Folgenden erläutert.

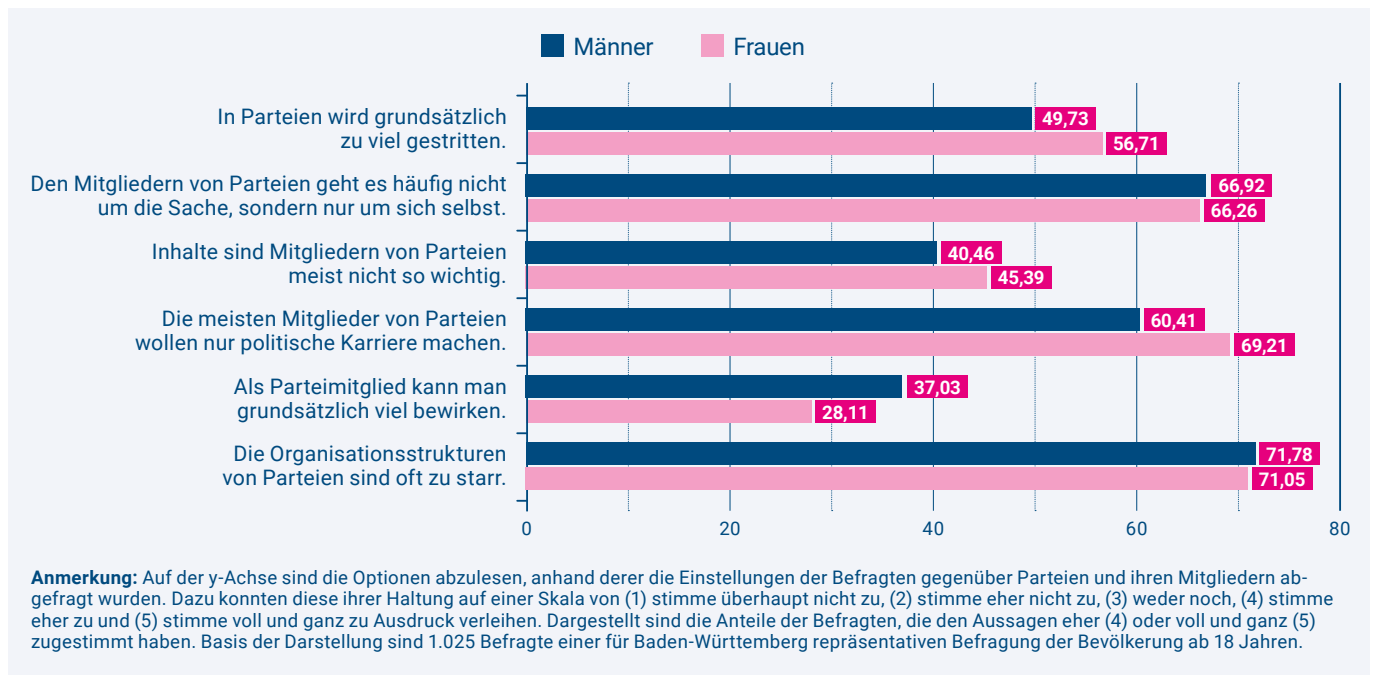
5.1 Parteibezogene Einstellungen

Die allgemeine Sichtweise auf Parteien kann vielschichtig geprägt sein. Neben inhaltlichen Standpunkten, die selbstredend auch den Parteienwettbewerb strukturieren, ist vor allem die Außensicht auf Parteien von zentraler Relevanz.

Das Vertrauen in Parteien und die ihnen zugeschriebene Fähigkeit, zentrale Problemlösungen zu entwickeln und auch umzusetzen, hat maßgeblichen Einfluss auf die empfundene Legitimität politischer Systeme. Entsprechend kontraproduktiv ist es, wenn innerhalb von Parteien viel gestritten wird – sehr eindrücklich zeigten dies CDU und CSU vor der Bundestagswahl 2021, und auch das Renommee der dann gescheiterten Ampel-Koalition litt unter dem Dauerstreit zwischen den die Regierung tragenden Parteien.

Mit Blick auf die Befragten in Baden-Württemberg ist zu konstatieren, dass auch von diesen ein großer Teil der Aussage zustimmt, in Parteien werde zu viel gestritten. 49,7 Prozent der männlichen und 56,7 Prozent der weiblichen Befragten stimmen dieser Aussage zu. Gleichzeitig geben Parteimitglieder offenkundig ein immens schlechtes Bild nach außen ab. Gut 66,9 Prozent der Männer und 66,2 Prozent der Frauen stimmen der Aussage zu, es ginge Mitgliedern von Parteien häufig nur um sich selbst, nicht aber um die (inhaltliche) Sache. Dass politische Inhalte wiederum keine Priorität für Parteimitglieder haben, ist für rund 40,5 Prozent der männlichen und 45,4 Prozent der weiblichen Befragten eine Aussage, der sie zustimmen.

Fernab von der inhaltlichen Gestaltung von politischen Programmen, ist eine der wichtigsten Aufgaben von Parteien, Nachwuchs zu rekrutieren, der gewillt ist, sich politisch einzubringen. Nur ein Bruchteil der Mitglieder kann dabei politisch Karriere machen, und die Selektionsprozesse, nach denen politische und öffentliche Ämter besetzt werden, geraten immer mehr in den Fokus von kritischer Berichterstattung und Analysen. Gleichzeitig verliert das oftmals rein ehrenamtliche Engagement von Mitgliedern immer mehr an Wertschätzung. Im vorliegenden Fall stimmen über 60,4 Prozent der männlichen und über 69,2 Prozent der weiblichen Befragten etwa der Aussage zu, dass die meisten Parteimitglieder nur politisch Karriere machen wollten (vgl. Abb. 20).

Abb. 20 | Parteibezogene Einstellungen (Angaben in Prozent)

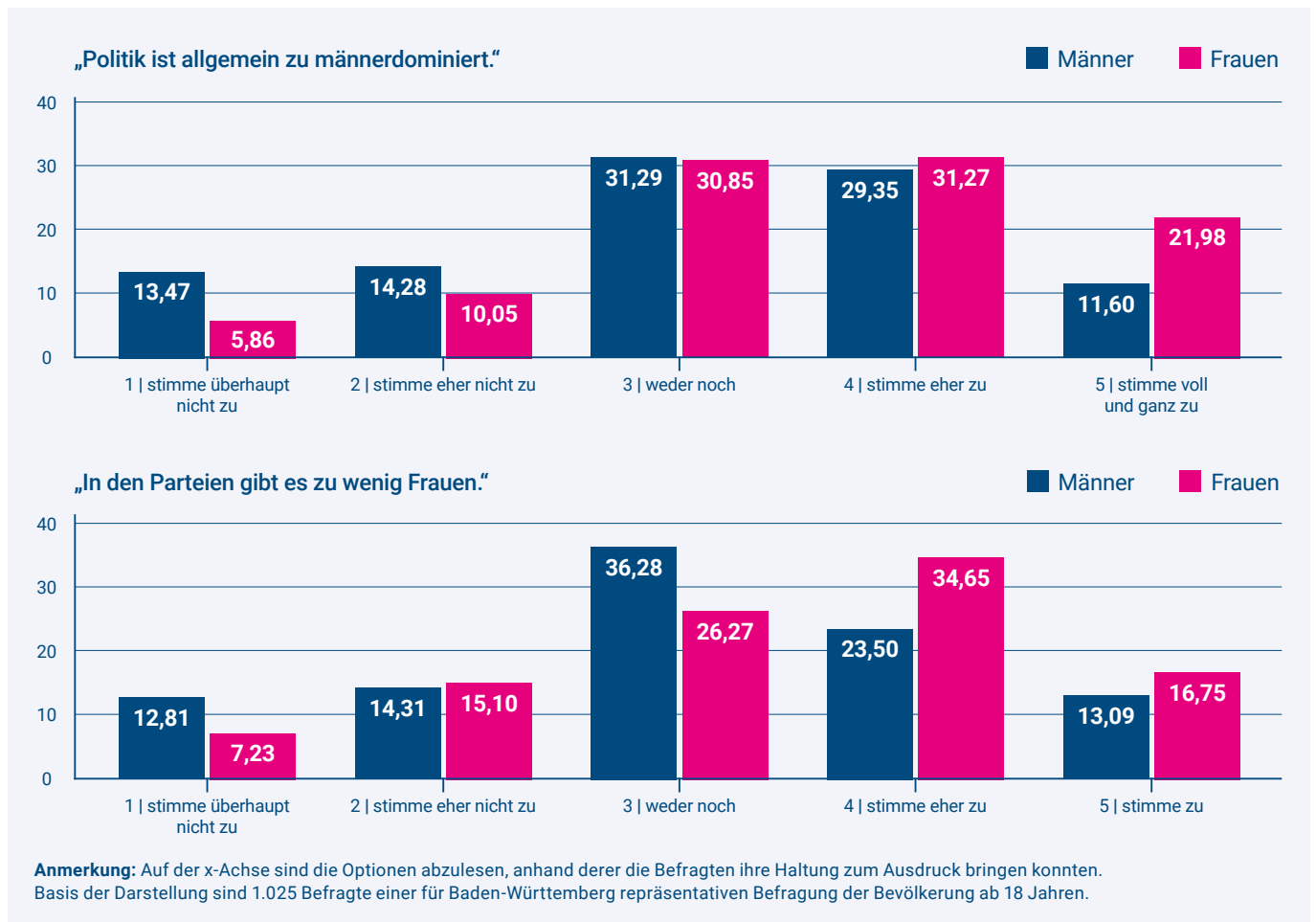
Auch sind nur relativ wenige Befragte der Auffassung, als Parteimitglied wirklich etwas bewegen zu können. Nur knapp über 37 Prozent der befragten Männer und 28,1 Prozent der befragten Frauen stimmen der Aussage zu, Parteimitglieder könnten grundsätzlich viel bewirken. Besonders kritisch werden auch parteiliche Organisationsstrukturen gesehen. Rund 71,8 Prozent der Männer und rund 71,1 Prozent der Frauen halten diese für zu starr.

Zweifelsohne werden Parteien demnach strukturell wie organisatorisch keineswegs wohlwollend betrachtet. Vor allem das oft ehrenamtliche Engagement innerhalb von Parteien wird den Befunden folgend nur wenig altruistisch motiviert eingeschätzt. Vielmehr scheint das Gegenteil der Fall zu sein: Politisches Engagement wird als Selbstzweck für eine eigene politische Karriere gesehen. Die hohen Zustimmungswerte, die hier abgebildet werden, können als dezidierte Warnung an die Parteien verstanden werden.

5.2 Männer und Frauen in der Politik: Fremd- und Selbstwahrnehmung

Frauen bleiben auch heute noch in der Politik in Deutschland unterrepräsentiert. Nicht umsonst diskutieren die deutschen Parteien schon seit Jahren darüber, wie sich der Frauenanteil in Führungsämtern nachhaltig erhöhen lässt. Während

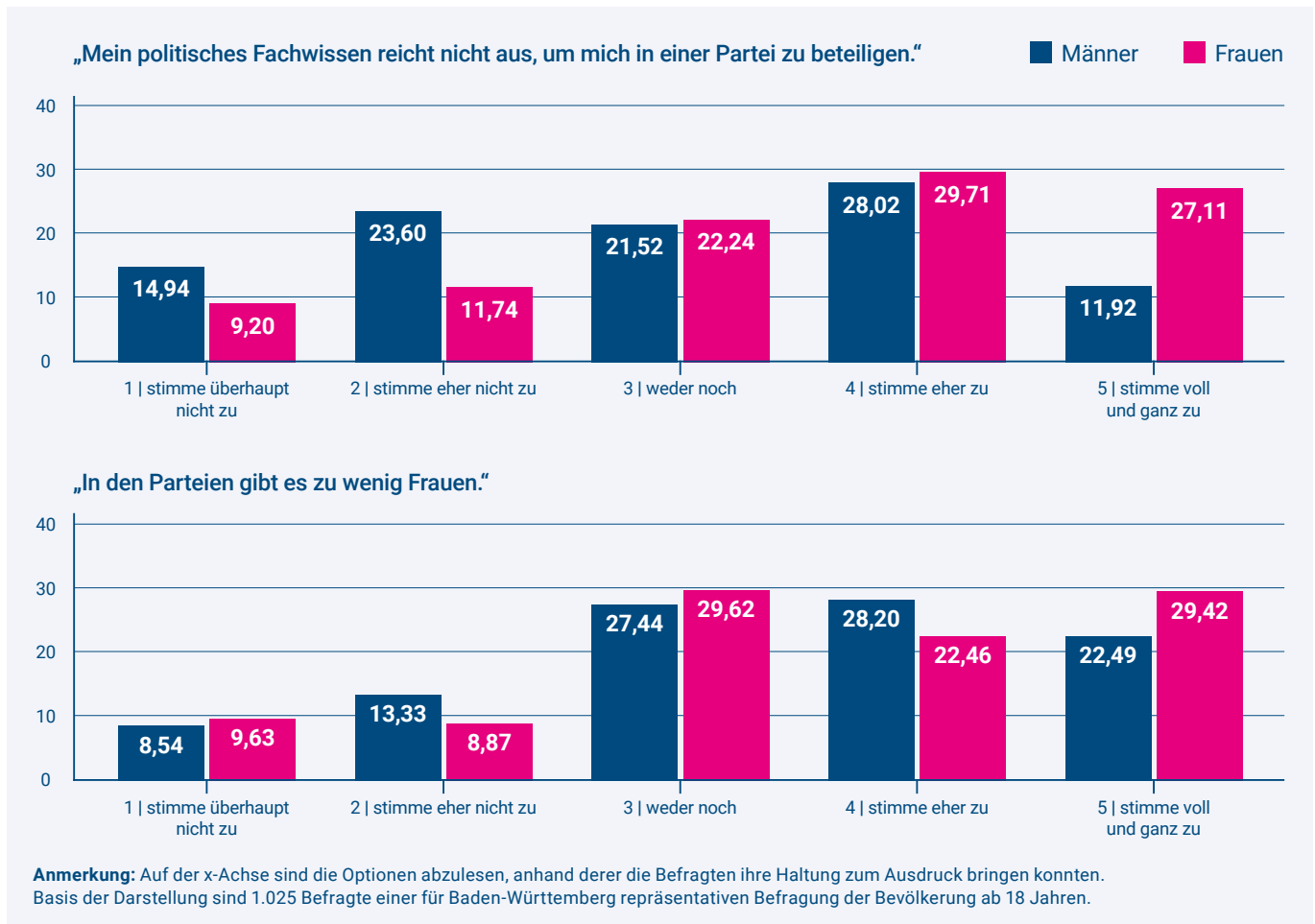
manche Parteien schon seit mehreren Jahrzehnten mit Frauenquoten arbeiten, haben andere erst in den vergangenen Jahren zuletzt stärker dieses Thema aufgegriffen und beispielsweise in Form von quotierten Doppelspitzen in ihre Parteistrukturen integriert. So wird auch diskutiert, ob Wahllisten geschlechterparitätisch besetzt werden sollten – entsprechende Vorstöße haben Gerichte in der Vergangenheit immer wieder als verfassungswidrig beurteilt. Politisch wird allerdings ein Handlungsbedarf gesehen, wenn er auch nicht von allen gleichermaßen geteilt wird. Gerade mit Blick auf die Befragten in Baden-Württemberg zeigen sich sehr eindrücklich geschlechtsspezifische Unterschiede. Vorgelegt wurden den Teilnehmern der Studie die zwei folgenden Aussagen: (1) Politik ist allgemein zu männerdominiert und (2) In den Parteien gibt es zu wenige Frauen. Während hinsichtlich der Männerdominanz über 53,2 Prozent der Frauen zustimmen, teilen diese Auffassung nur rund 41 Prozent der Männer. Unter den Letztgenannten lehnen diese Aussage rund 27,9 Prozent ab, während dies unter den weiblichen Befragten für nur rund 15,9 Prozent festzustellen ist. Auch hinsichtlich der Diagnose einer Unterrepräsentanz von Frauen unterscheiden sich die Befragten sehr stark. Während nicht einmal 36,6 Prozent der männlichen Befragten zustimmen, dass in den Parteien zu wenige Frauen aktiv seien, trifft dies auf 51,4 Prozent der weiblichen Befragten zu. Hinsichtlich einer Ablehnung dieser Aussage sind keine allzu großen Differenzen festzustellen (vgl. Abb. 21).

Abb. 21 | Männer und Frauen in der Politik (Angaben in Prozent)

Interessant ist allerdings nicht nur die Sicht, wie die befragten Männer und Frauen auf die Parteien blicken, sondern auch wie sie sich selbst in diesem Kontext wahrnehmen. Auch hier wurden die Befragten mit zwei Aussagen konfrontiert, zu denen sie gebeten wurden, ihre Einstellung anzugeben. Hierbei handelte sich um die Aussagen (1) Mein politisches Fachwissen reicht nicht aus, um mich in einer Partei zu beteiligen und (2) Mir fehlt die Zeit, um mich politisch in einer Partei einzubringen.

Interessant ist dabei zunächst, dass Frauen bedeutend häufiger dazu neigen, ihr politisches Fachwissen als unzureichend einzuordnen. Annäherungsweise 56,9 Prozent der weiblichen Befragten stimmen dieser Aussage zu, während dies nur für knapp 40 Prozent der männlichen Befragten gilt.

Besonders aussagekräftig ist hierbei auch, wie sich die Ablehnung dieser Aussage auf die Geschlechter verteilt. Über 38,5 Prozent der Männer lehnen diese Aussage ab, bei den Frauen sind es hingegen nur knapp 21 Prozent. Gleichermaßen problematisiert wird von den befragten Männern und Frauen, dass ihnen aktiv die Zeit fehlt, um sich politisch einzubringen. Rund 51,9 Prozent der Frauen und rund 50,7 Prozent der Männer stimmen dieser Aussage zu, wenn gleich der Anteil der Frauen, die hierbei voll und ganz zustimmen, klar über dem Anteil der Männer liegt, die diese Angabe machen (vgl. Abb. 22).

Abb. 22 | Männer und Frauen in der Politik (Angaben in Prozent)

Aber wer könnte sich überhaupt einen Parteibeitritt vorstellen – und unter welchen Bedingungen? Dies wird im nächsten Abschnitt aufgegriffen.

5.3 Parteibeitritt, wenn...?

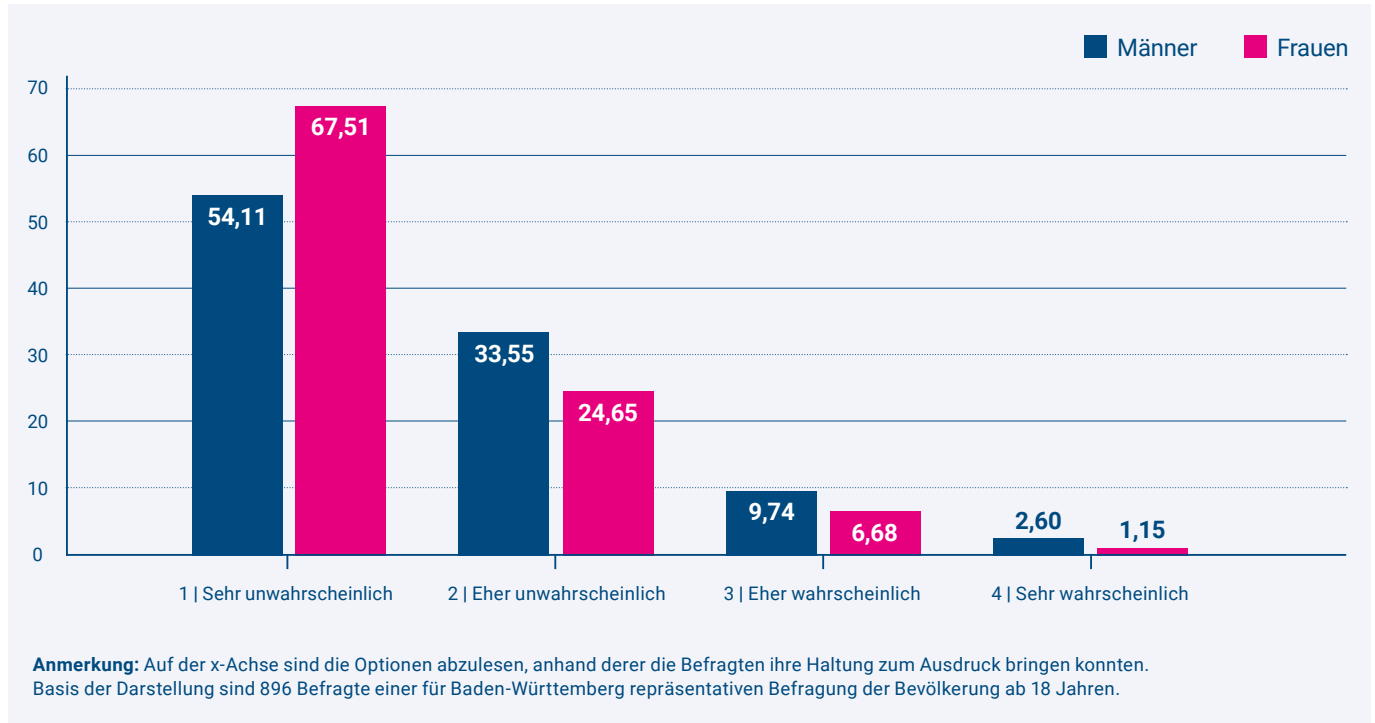
Die Entscheidung, einer Partei beizutreten, fällen zunehmend immer weniger Menschen. Den Parteien sterben die Mitglieder weg, und immer weniger Menschen werden parteipolitisch aktiv. Gleichzeitig engagieren sich gerade jüngere Menschen zunehmend punktuell für bestimmte Themen, die ihnen sehr am Herzen liegen. Daraus erwachsen allerdings eine Reihe von Konsequenzen, die nicht nur für die Parteien langfristig zum Problem werden. Zu nennen ist hierbei zunächst die bereits angeführte Funktion, die Parteien hinsichtlich der politischen Sozialisation und Integration der Bevölkerung übernehmen. Dazu gehört neben weiteren Faktoren auch explizit die Heranführung an demokratische Willensbildungsprozesse. Die in Deutschland etablierten Parteien haben über die Jahrzehnte sehr umfassende Regelwerke entworfen, die ihnen helfen, innerparteiliche Prozesse der Meinungsbildung zu gestalten. Diese sind zwar von außen nicht immer direkt nachvollziehbar, können aber etwa über Parteisatzungen transparent nachempfunden werden. Damit sind Parteien hinsichtlich innerparteilicher Willensbildung

zwar nicht unbedingt die schnellsten Akteure, sie ziehen aber einen Teil ihrer Legitimität auch aus einem von ihnen selbst definierten und gesetzten Rahmen. Einzige Grundbedingung, die der Gesetzgeber den Parteien auferlegt, ist allerdings, dass die Parteistrukturen („ihre innere Ordnung“) demokratischen Grundsätzen entsprechen müssen. Werden immer weniger Menschen Parteimitglieder, nehmen im Gegenzug auch immer weniger an diesen sehr lebendigen Prozessen der Willensbildung aktiv teil. Welche langfristigen Konsequenzen dies hat, wird die Zukunft zeigen.

Unvermeidbar sind allerdings die direkten Konsequenzen, die eine sinkende Zahl an Mitgliedern für die Parteien selbst hat. Zum einen geht Parteien damit Expertise und Erfahrung verloren, die in den Prozess der inhaltlichen Programmgestaltung einfließen könnten. Das viel größere Problem ist allerdings, dass den Parteien ein finanzieller Schaden entsteht, wenn die Mitgliederzahlen sinken. Dadurch fehlen nicht nur Mitgliedsbeiträge, sondern auch staatliche Zuschüsse, die den Parteien im Rahmen der staatlichen Parteienfinanzierung zugutekommen. Nicht minder folgenreich ist, dass den Parteien dadurch zunehmend aktive Wahlkämpfer fehlen. Gleichzeitig wird dadurch die Finanzierung von Werbemitteln ebenso erschwert wie die Aufrechterhaltung von Parteibüros – gerade für die alltägliche Sichtbarkeit sind diese allerdings unerlässlich.

Mit Blick auf die Befragten aus Baden-Württemberg ist zu konstatieren, dass ein nur geringer Anteil überhaupt gewillt wäre, einer Partei beizutreten (vgl. Abb. 23).

Abb. 23 | Parteibeitrittswahrscheinlichkeit (Angaben in Prozent)



Nur rund 1,9 Prozent der Befragten geben an, dass ein Beitritt für sie sehr wahrscheinlich ist. Unter den weiblichen Befragten liegt dieser Anteil bei rund 1,2 Prozent, unter den männlichen Befragten bei 2,6 Prozent. Frappierend sind allerdings die Unterschiede mit Blick auf diejenigen, die einen Parteibeitritt grundsätzlich für sehr unwahrscheinlich befinden. Dies trifft auf 60,6 Prozent aller Befragten in Baden-Württemberg zu, wobei die männlichen Befragten seltener als die weiblichen Befragten dazu tendieren, sich so zu positionieren. Aber was würde einen Parteibeitritt allgemein wahrscheinlicher machen?

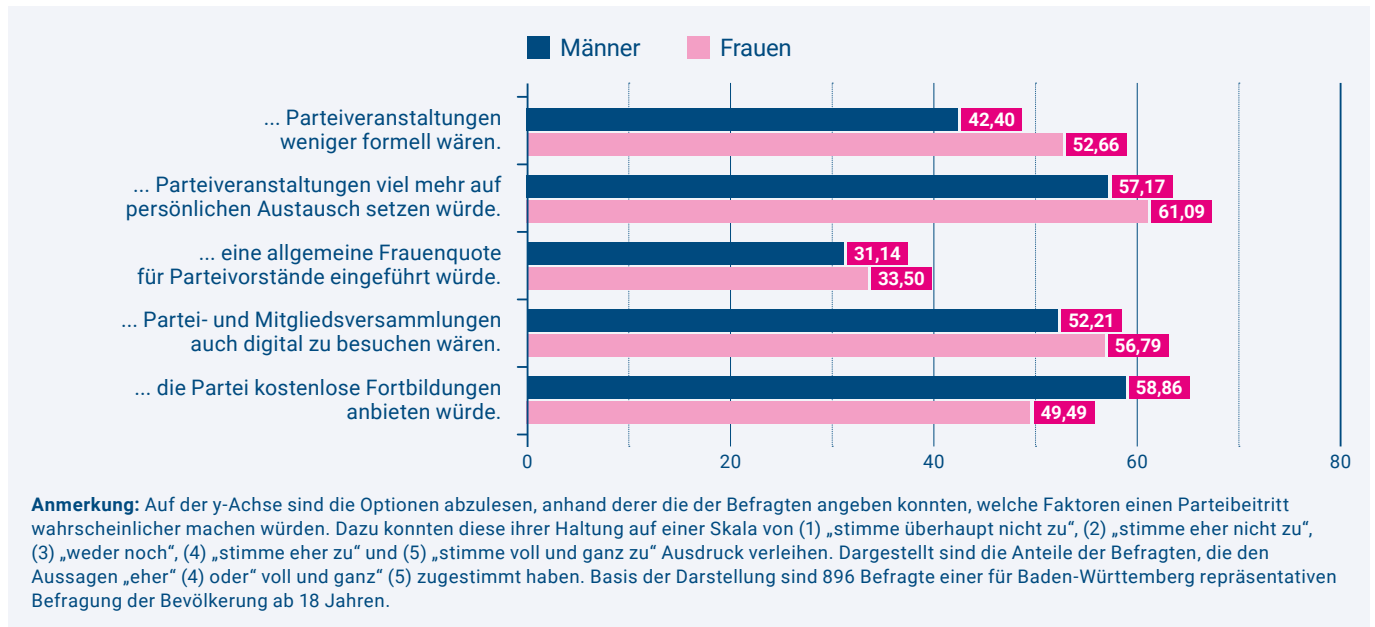
Vor allem für die weiblichen Befragten spielt demnach in einem nicht zu unterschätzenden Ausmaß eine Rolle, dass Parteiveranstaltungen ihrer Ansicht nach zu formell sind. Knapp 52,7 Prozent geben an, dass weniger formelle Veranstaltungen sie ansprechen würden, bei den männlichen Befragten sind es 42,4 Prozent. Einen persönlicheren Aus-

tausch wünschen sich beide Befragtengruppen, wenngleich unter den befragten Frauen rund 61,1 Prozent dieser Aussage zustimmen, während es bei den Männern mit rund 57,2 Prozent geringfügig weniger sind. Eine allgemeine Frauenquote spielt nur eine nachgeordnete Rolle für die Befragten – unabhängig vom Geschlecht. Stattdessen werden digitale Partei- und Mitgliederversammlungen klar befürwortet.

Rund 56,8 Prozent der Frauen und 52,2 Prozent der Männer geben an, dass dies einen Beitritt wahrscheinlicher machen würde. Während bei den genannten Instrumenten der Anteil der zustimmenden Frauen den der zustimmenden Männer überwiegt, kehrt sich dies hinsichtlich des Angebots kostenloser Fortbildungsmöglichkeiten um. Knapp 58,9 Prozent der männlichen Befragten geben an, dass dies einen Parteibeitritt wahrscheinlicher machen würde, bei den weiblichen Befragten sind es hingegen nur knapp 49,5 Prozent (vgl. Abb. 24).

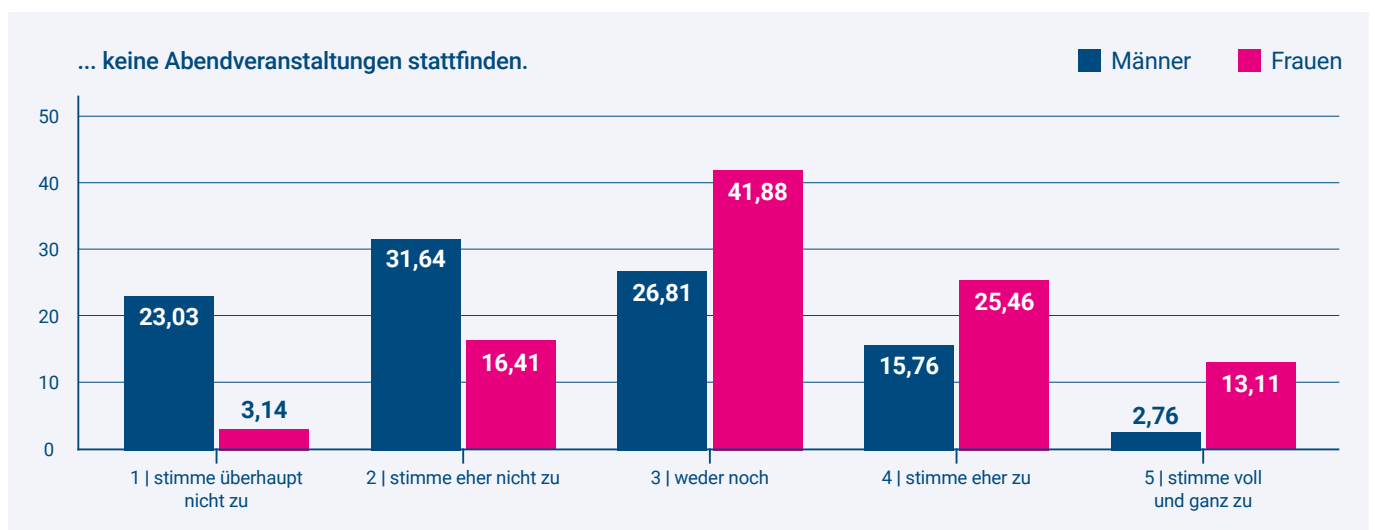
Abb. 24 | Ein Parteibeitritt wäre wahrscheinlicher, wenn...

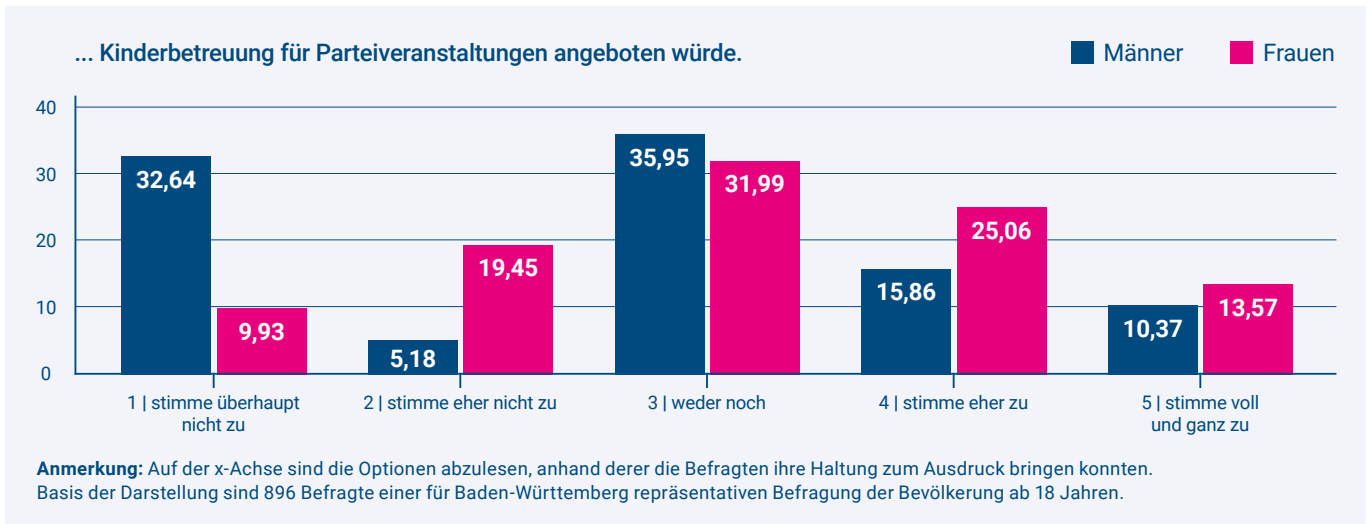
(Angaben in Prozent)



Hinsichtlich der geschlechtsspezifischen Unterschiede bezüglich des Interesses an verschiedenen Politikthemen wurde bereits ersichtlich, dass dabei maßgeblich auch die klassische Rollenaufteilung noch nachzuwirken scheint. Dies mag auch ein Grund dafür sein, weshalb Abendveranstaltungen von Frauen als eher hemmend und das Angebot einer Kinderbetreuung für Parteiveranstaltungen als förderlich für einen Beitritt empfunden werden. Während über 38,5 Prozent der weiblichen Befragten angeben, dass ohne Abendveranstal-

tungen ein Parteibeitritt wahrscheinlicher würde, liegt der Anteil bei den befragten Männern bei 18,5 Prozent. Ablehnend positionieren sich nur knapp über 19,5 Prozent der Frauen – und für rund 54,7 Prozent der Männer ist dieser Aspekt offensichtlich kein wichtiger Faktor. Ähnlich verhält es sich beim Thema Kinderbetreuung für Parteiveranstaltungen. Über 38,6 Prozent der weiblichen Befragten geben an, dass dies ein Engagement wahrscheinlicher machen würde, aber nur 26,2 Prozent der männlichen Befragten (vgl. Abb. 25).

Abb. 25 | Abendveranstaltungen und Kinderbetreuung (Angaben in Prozent)



5.4 Zusammenfassende Anmerkungen zu Parteibeitritten

Parteien und ihre Mitglieder sind besser als ihr Ruf, wie er sich auch anhand der hier vorgestellten Befunde darstellt. Parteien werden als zu zerstritten und in ihren Strukturen verkrustet wahrgenommen. Gleichzeitig werden die in ihnen aktiven Mitglieder als am eigenen Vorankommen und Wohl interessiert wahrgenommen. Insbesondere im Lichte dessen, dass auch heute noch der persönliche Kontakt vor allem ausschlaggebend ist, um für eine Parteimitgliedschaft begeistert zu werden, sind diese Befunde als große Herausforderung für die Parteiendemokratie Deutschland zu deuten.

Wenig verwunderlich ist vor diesem Hintergrund allerdings auch, dass nur wenige Baden-Württemberger überhaupt einen eigenen Parteibeitritt für wahrscheinlich halten. Zu groß sind die Vorbehalte, insbesondere unter den weiblichen Befragungsteilnehmern. Gleichzeitig zeigt sich hier ein sehr klassisches Muster: Während Männer tendenziell eher dazu neigen, eigene Fähigkeiten noch zu überschätzen, besteht bei Frauen auch heute noch eine Tendenz dazu, zur Selbstunterschätzung zu neigen. Im vorliegenden Fall trifft dieser

Befund dahingehend zu, dass sich viele der weiblichen Befragten offenbar für politisch zu ungebildet halten, um sich aktiv in Parteien einzubringen. Die Gründe dafür liegen tief in fortbestehenden Sozialisationsmustern begründet, bei denen, wie schon beschrieben, bestimmte antiquierte Rollenmuster auch heute noch fortwirken. Parteien könnten hier allerdings ansetzen und Frauen sehr aktiv als Mitglieder umwerben. Dazu gehört dann aber auch, die Bedürfnisse von Frauen in der Gestaltung von Parteiaktivitäten hinreichend zu berücksichtigen. Anders als Männer benennen Frauen klar, dass eine Notwendigkeit besteht, Veranstaltungen familienfreundlich zu gestalten, etwa durch Unterstützung in der Kinderbetreuung. Gingen Parteien darauf ein, bestünde mit Sicherheit auch eine bessere Ausgangslage, um Frauen aktiv für Parteien zu gewinnen und dadurch das Bild zu verändern, dass Parteien zu männerdominiert und Frauen in ihnen kaum sichtbar sind. Attraktiver können Parteien zudem dadurch werden, dass sie verstärkt auf digitale Veranstaltungen setzen oder auf Veranstaltungsmodelle, in denen vor allem der persönliche Austausch in den Vordergrund gerückt wird. Gleichzeitig könnte in Erwägung gezogen werden, ob Parteien ihr Angebot für ihre Mitglieder dahingehend erweitern, kostenlose Fortbildungsmöglichkeiten anzubieten. Die Nachfrage scheint vor allem bei Männern zu bestehen.

6. Schlussfolgerungen

Das Ziel der vorliegenden Studie besteht darin, tiefer gehende Einblicke in die politischen Interessen und parteibezogene Einstellungen von Männern und Frauen in Baden-Württemberg zu gewinnen. Im Folgenden werden daher noch einmal die wichtigsten Befunde vorgestellt, um sie auch inhaltlich einzuordnen. Anschließend werden einige Vorschläge dargestellt, wie Parteien auf die hier beschriebenen Herausforderungen reagieren können, um ihr Bild in der Öffentlichkeit zu verbessern und neue Mitglieder gewinnen zu können.

6.1 Die wichtigen Ergebnisse im Überblick

- In Baden-Württemberg geben Frauen an, sich weniger für Politik zu interessieren.
- Frauen interessieren sich im Speziellen mehr als Männer für Familien-, Kinder- und Seniorenpolitik, für Feminismus und Frauenrechte sowie für Gesundheitspolitik; in allen anderen Themenfeldern sind Männer stärker interessiert als die Frauen.
- Vergleicht man Frauen und Männer hinsichtlich ihres Themeninteresses nur auf der Basis derer, die sich eher oder sehr für Politik interessieren, sind Frauen weitaus vielfältiger und auch stärker interessiert an unterschiedlichen Politikfeldern.
- Vor allem die potenziellen Wählerinnen und Wähler der Grünen und der Linken haben in den meisten Themenbereichen das stärkste Interesse. Ausnahme hiervon bildet die Kommunalpolitik, die bei potenziell SPD-Wählenden besonders auf Interesse stößt, aber auch die Wirtschafts- und Finanzpolitik, die insbesondere durch potenzielle Wählerinnen und Wähler der FDP für interessant befunden wird. Die potenziellen Wählerinnen und Wähler der CDU sind bei keinem Thema überdurchschnittlich interessiert, die der AfD zeigen an den meisten Themenbereichen am wenigsten Interesse.
- Frauen informieren sich deutlich seltener als Männer über die Wahlprogramme von Parteien und geben deutlich häufiger an, noch nie gewählt zu haben und dies auch in Zukunft nicht ändern zu wollen.
- Parteien und ihre Mitglieder erfahren in Baden-Württemberg allgemein keine wohlwollende Bewertung, Frauen sind ihnen gegenüber allerdings kritischer eingestellt als die Männer.
- Frauen sehen Parteien als zu männerdominiert an, während Männer diese Einschätzung nicht teilen.

→ Frauen sehen sich in ihrem politischen Fachwissen im Durchschnitt als zu wenig gebildet an, um sich aktiv politisch einzubringen, während Männer dies im Durchschnitt nicht von sich denken.

→ Einen Parteibeitritt halten wenige Menschen für eine realistische Option, wenngleich mehr Männer angeben, dies grundsätzlich für möglich zu halten.

6.2 Wie sind diese Befunde zu erklären?

Strukturelle Defizite, bei denen jahrzehntelang ein eher anti-quotiertes Familienbild vermittelt wurde, bleiben bis heute nicht ohne Konsequenzen. Sie zeigen weiterhin eindrücklich, welcher Stellenwert der frühen Sozialisationsphase zukommt, um sich befähigt zu fühlen, politisch einen Unterschied machen zu können. Erdrückende empirische Evidenz zeigt, dass auch heute noch im Kindesalter vor allem Jungs dadurch gegenüber Mädchen begünstigt werden. Diese festzustellenden Unterschiede wirken noch Jahrzehnte weiter – auch in Baden-Württemberg. Dadurch geht der demokratischen Gesellschaft allerdings viel Teilhabe und Engagement verloren.

Denn sind Frauen erst einmal politisch interessiert, zeigen sie im Vergleich zu Männern ein durchschnittlich höheres und breiter gestreutes Interesse an politischen Sachfragen. Gleichzeitig besteht offensichtlich klassischer Handlungsbedarf in gerade den Themen, die Frauen wichtiger sind als Männern, etwa die klassische Gesundheitsversorgung oder auch der Themenbereich der Familien-, Kinder- und Seniorenpolitik. Führt man sich vor Augen, dass der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) im Jahr 1998 dieses zentrale Politikfeld noch als „Familie und das ganze Gedöns“⁹ bezeichnete, wird der über lange Zeit problematische Umgang mit diesem Themenkomplex symptomatisch sichtbar. Einen wirklichen Aufwertungsversuch hat es allerdings seitdem auch nur ein einziges Mal gegeben, als die FDP, von ihrem Spitzenkandidaten Joachim Stamp angeführt, nach der NRW-Landtagswahl 2017 das Familienministerium beanspruchte. Dieses wurde unter Stamp sodann auch um weitere Kompetenzen in den Bereichen Integration und Geflüchtete erweitert.

Das politische Desinteresse ist so neben strukturellen Bedingungen auch das Produkt eines reziproken Verhältnisses: Wenn Frauen und ihre politischen Bedürfnisse nur unzureichend in den Mittelpunkt politischer Handlungen gestellt werden, wenden sich diese in Konsequenz von der Politik ab. So lassen sich zumindest auch die deutlich stärker ausgeprägten Vorbehalte gegenüber Parteien und ihren Mitgliedern erklären.

⁹ Von Barsewitz, Alexandra und Stephan Haufe. 2004. Von Gedöns bis Gender. Online verfügbar unter: <https://www.deutschlandfunk.de/von-gedoens-bis-gender-100.html> (abgerufen am 11. April 2023).

6.3 Handlungsmöglichkeiten für Parteien

Politik besteht in einem immer dynamischer werdenden Prozess, in dem sich Kontinuität und Aufbruch stetig abwechseln. Deswegen erscheint es umso bemerkenswerter, dass Parteien in ihren Strukturen zunehmend antiquiert und offenbar immer weniger in der Lage sind, Menschen für sich zu begeistern und breite Bevölkerungsteile in sich zu integrieren. Dies hängt offenkundig auch damit zusammen, dass Parteien als verkrustet und in sich festgefahren wahrgenommen werden. Wie können Parteien darauf aber explizit reagieren und etwa aktiv um Frauen werben und sie auch nachhaltig für sich begeistern? Im Folgenden werden einige Vorschläge aufgeführt, die keineswegs den Anspruch haben, vollumfassend zu sein. Gleichwohl können diese als Anregung wahrgenommen werden, welche Weichenstellung möglich sein könnten.

1. **Aktive Ansprache:** Parteien nehmen für sich in Anspruch, die Breite der Bevölkerung zu adressieren und sodann auch für sie sprechen zu können. Da es sich hierbei offenkundig um eine überholte Sichtweise handelt, müssen Parteien aktiv die ansprechen, für die sie offenbar nicht länger sprechfähig sind. In diesem Kontext sollten explizit Frauen ermutigt werden, dass für eine Parteimitgliedschaft keine Bringschuld politischen Fachwissens notwendig ist.
2. **Reflexion:** Es gibt Gründe, weshalb bestimmte Defizite in der Ansprache entstehen konnten beziehungsweise im Zeitverlauf nicht behoben wurden. Diese liegen oft genug auch in den Parteien selbst begründet, weswegen es auch ihnen liegt, selbstkritisch aufzuarbeiten, was in Zukunft besser gemacht werden kann.
3. **Strukturen überdenken:** Parteistrukturen können verändert werden, das hat auch die Covid19-Pandemie gezeigt. Dazu gehören auch digitale Instrumente, die flächendeckend zum Einsatz kommen könnten, um Parteiveranstaltungen durch hybride Angebote zu ergänzen oder vollständig digital durchzuführen – und dies optimalerweise nicht in den Abendstunden. Damit werden Parteien der Lebenswirklichkeit vieler Menschen deutlich gerechter.
4. **Anreize setzen:** Parteimitgliedschaften sollten mit Anreizen verbunden sein. Hierzu ist nicht nur die gemeinschaftsbildende Funktion zu zählen. Ergänzt werden könnten diese Angebote auch durch interne Fortbildungsveranstaltungen. Dabei sollten Parteien aber auf keinen Fall darauf zurückgreifen, immer wieder nur die eigenen Abgeordneten zu bemühen. Andernfalls drohen Parteien immer weiter in Selbstreferenzialität zu versinken.
5. **Agenda Setting:** Frauenthemen sind keine Nischenthemen und vor allem kein „Gedöns“. Sie gehören daher stärker priorisiert und in den Mittelpunkt der Politik gerückt. Wer Frauen aktiv für Politik und politische Inhalte begeistern will, muss sich auch mit ihrer Lebensrealität auseinandersetzen. Dazu gehört allerdings auch die Ehrlichkeit eines Eingeständnisses, dass Parteien sich reformieren müssen, um mehr dieser Auseinandersetzung zuzulassen.
6. **Sichtbarkeit erhöhen:** Parteien beklagen oft, dass sie nicht genug Mitglieder haben, um auch außerhalb von Wahlkampfzeiten präsent zu sein. Dabei befinden wir uns längst in einem Zeitalter, in dem digitale Werbung und Zielgruppenansprache für dauerhafte Ansprache nutzbar gemacht werden kann und auch sollte. Dadurch werden neue Interessenten angesprochen – und dann funktioniert es auch wieder mit Ständen in den Fußgängerzonen.
7. **Demut zeigen:** Parteien und ihre Mitglieder leiden unter einem dramatischen Vertrauensentzug in der Bevölkerung. Nüchtern betrachtet sollten Parteien daher die Notwendigkeit begreifen, dieses Vertrauen zurückzugewinnen. Dies gelingt am ehesten über Verlässlichkeit, angemessene Interessenvertretung und Selbstkritik. Auch wenn die Versuchung nahe liegt, es gerade an Wahlabenden gerne zu sagen: Wahl Niederlagen sind oftmals nicht die Konsequenz dessen, mit politischen Botschaften nicht durchgedrungen zu sein. Im Gegenteil sind es oft die Botschaften und das Programm, auf dem sie beruhen, die nicht zu überzeugen vermochten. Es sei den Parteien hier zu allgemein mehr Ehrlichkeit geraten – gerade auch in der kommunikativen Verarbeitung von Niederlagen.

Über den Autor

Dr. Constantin Wurthmann

arbeitet als Politikwissenschaftler am Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung. Schwerpunkte seiner Arbeit sind die Wahlforschung, Parteienforschung, Einstellungsforschung und Repräsentationsforschung.

